

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/111: 22.05.2004 – 25.11.2004

22.05.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Mai 2004 (x887/...): >>Vor dem Bürgerkrieg

Europa und die Expansion des Islam

Der Volltreffer auf das mit einem eigenen Raketenabwehrsystem geschützte Pentagon am 11. September 2001 sowie der asymmetrische Krieg in Israel und nunmehr im Irak haben zu einem Erstarren des islamistischen Bewußtseins in der Umma geführt.

Die Moslems zwischen Mindanao, den islamischen Provinzen Thailands, Taschkent, Casablanca und Europa glauben heute mehr denn je, daß der Friedensbegriff des Islam in einem endzeitlichen Dschihad global verwirklicht werden kann. Sie verkörpern damit eine außerordentliche Gefahr nicht nur für die in ihren Augen besonders verachtungswürdigen USA, sondern für den gesamten christlich geprägten abendländischen Kulturkreis.

Mit dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen in den Irak in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 wurde eine neue weltpolitische Ära eingeleitet: die Neuordnung des Nahen Ostens unter dem Banner der Demokratie, ganz im Sinne des US-Vizeaußenministers Wolfowitz.

Nicht nur für ihn ist der Irak der erste Dominostein auf dem Wege dieser Neuordnung. Auch unsere deutschen Deutungseliten hoffen, daß ein islamisches Land zur Demokratie finden kann, etwas, was in Europa weder im Kosovo noch in Bosnien gelungen ist. In Wirklichkeit ist ein stabiler, demokratischer Irak ebenso unwahrscheinlich wie ein demokratisches Afghanistan, ein Land, in dem der amtierende Präsident Karsai kaum seinen eigenen Palast unter Kontrolle hat und durch US-Leibwächter geschützt werden muß.

Die Welt-Unordnung wird sich nach dem absehbaren amerikanischen Rückzug aus dem Irak dann erheblich verstärken, wenn es, was zu vermuten ist, den Amerikanern nicht gelingen sollte, unter Respektierung der Traditionen und Realitäten eines islamischen Landes Ordnung und Frieden zu hinterlassen.

Ein solcher US-Rückzug würde nicht nur den gesamten Nahen Osten destabilisieren, sondern auch eine Reihe wackliger Systeme in anderen islamischen Staaten hinwegfegen und die Bedrohungslage für den Vorposten des Westens, nämlich Israel, bedrückend verschärfen. Darüber hinaus wären Auswirkungen auf die der NATO feindlich gesinnte, sowjetisch geprägte militärische Nomenklatura Rußlands absehbar, aus deren Sicht die Umzingelung durch die USA im "Unterleib" der ehemaligen Sowjetunion bzw. im Kaukasus auf Dauer nicht hinnehmbar ist.

Der durch den nicht lösbaren Konflikt in Israel bzw. Palästina angefachte und durch den Irakkrieg enorm verstärkte Haß gegen die westliche Welt wirkt bis in die islamischen Parallelgesellschaften Europas.

Unser Kontinent ist bereits voll in diesen Sog von Gewalt, Terror und Krieg einbezogen, ein-

hergehend mit einer anschwellenden Welle von Antiamerikanismus und von nachweislich wachsendem Antisemitismus, so wie das nicht nur in den Trabantenstädten Frankreichs beobachtet werden kann, sondern auch in der muslimischen Parallelgesellschaft Deutschlands.

Spätestens nach dem Anschlag von Madrid sollte die neue Bedrohungslage eigentlich allen Europäern bewußt sein. Doch zumindest viele Politiker stecken noch immer den Kopf in den Sand. Bezeichnend dafür ist, daß die EU klammheimlich eine durch das renommierte Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin erarbeitete Studie über den Antisemitismus in Europa umschreiben lassen wollte. "Die EU hat die Studie begraben, aus Angst vor einem Bürgerkrieg", sagte der Soziologe Prof. Werner Bergmann, unter dessen Leitung die Schrift entstanden war.

Diese Studie, so die britische Financial Times, sollte zurückgehalten werden, weil erkennbar ist, "daß hinter den zunehmenden antisemitischen Erscheinungen Moslems und pro-palästinensische Organisationen stehen".

Nicht ganz unrecht hat der französische Philosoph Alain Finkielkraut, der seit längerem einen linken, progressiven "anti-faschistischen Antisemitismus" im Namen der Menschenrechte beobachtet, der Israel im Kampf mit den Palästinensern die Rolle der Nazis überstülpt.

Die Vereinigten Staaten haben registriert, daß sie sich in einer globalen Auseinandersetzung befinden. Europas und insbesondere Deutschlands Deutungseliten verdrängen bzw. tabuisieren das, obwohl auch wir uns schon länger in einer Vorstufe dieses Konflikts befinden. Aus Deutschland kommende Muslime sind bei Kämpfen in Tschetschenien gefallen, in einer hiesigen Moschee gab es donnernden Beifall für eine ihren Märtyrermann preisende Ehefrau, die hofft, daß ihr Sohn den gleichen Weg gehen wird, und unter den Mordgesellen von Istanbul befand sich ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Türke.

Mehrere Tausend von unseren Sicherheitsbehörden als akut gewaltbereit eingestufte Muslime leben in Deutschland in einem unbekanntem Heer von Sympathisanten und in durch Gruppenzwang geprägten Kollektiven.

Dennoch verhindern die politisch Verantwortlichen, diejenigen Extremisten, die Terroranschläge befürworten, für Terrororganisationen werben oder Terror vorbereiten, in ihre Heimatländer abzuschieben.

Es gibt kein Warnsystem über asymmetrische Gefahrenlagen. Es gibt auch keine Pläne für die Harmonisierung von Zivil- und Katastrophenschutz. Desgleichen existiert kein übergeordnetes Verteidigungskonzept, das die Polizei, den Grenzschutz, den Katastrophenschutz, die Bundeswehr und die Nachrichtendienste einbindet.

Statt dessen gibt es Pläne und Durchführungsmaßnahmen, die Ressourcen für die schon von den Vorgängerregierungen sträflich vernachlässigten Streitkräfte schwerpunktmäßig für militärische Expeditionsaufträge zu verwenden, die Wehrpflicht möglicherweise aufzugeben, das Heer zu verkleinern und das für den Schutz von zivilen und militärischen Objekten (und für neu zu bildende regionale Krisenreaktionskräfte) so notwendige Reservistenpotential zu verringern.

Noch wäre es möglich, derartige Fehlentwicklungen zu stoppen. Doch es eilt, denn bereits in sechs Jahren sind verschiedene Großstädte, vor allem in Nordrhein-Westfalen, bei der Altersgruppe der 20-40jährigen nicht mehr "in deutscher Hand", ab 2050 ist der Islam dann der Statistik zufolge sogar zur stärksten religiös-politischen Kraft geworden. Dann können sich die wenigen Nachkommen der deutschen Stammbevölkerung nur noch die Frage stellen, die Soltschenizyn in seinem berühmten Fastenbrief aufwarf, als er den Absturz der europäischen Brudervölker in den Ersten Weltkrieg betrachtete: "Wie konnte es so kommen?"

Das ethnisch-religiöse Überfremdungsproblem betrifft weite Teile Europas, wobei allerdings die neuen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten - abgesehen vielleicht von Slowenien - nicht direkt betroffen sind.

Europa zählt heute insgesamt 750 Millionen Einwohner. Von diesen sind 269 Millionen Katholiken, 171 Millionen Orthodoxe, 79 Millionen Protestanten und 52 Millionen Muslime. 151 Millionen gehören keiner religiösen Orientierung an. Da die Muslime jährlich um 6,5 Prozent zunehmen, werden sie voraussichtlich 2014 nach den Katholiken die zweitstärkste religiöse Gruppe auf dem Kontinent sein.

Das Reich Allahs ist identisch mit der politischen Ausdehnung des Islam und der Gültigkeit der Scharia. Gebiet, das einmal islamisch war, kann nach islamischer Lehre nie wieder de-islamisiert werden. So sind in der Theologie der Muslime auch Spanien oder der Balkan "waqf", islamische Territorien.

Niemand auf dem Balkan wünscht sich eine Rückkehr der Osmanenherrschaft, wohingegen beispielsweise die Bewohner des Trentino und Triests den vergangenen Zeiten der Habsburgerherrschaft nachtrauern.

Insbesondere in Bosnien (aber auch in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien) helfen die westlichen Staaten mit Haus- und Straßenbau, während islamische Staaten Moscheen errichten.

Islamistische Bewegungen haben einen großen strategischen Vorteil. Sie können mit den Moscheen ein kaum kontrollierbares Beziehungs- und Kommunikationsnetz nutzen. In Deutschland bekennen sich die Islamisten nach außen hin zum Grundgesetz. Nach innen aber gilt das Gesetz der Scharia. Diejenigen islamischen Organisationen, die hierzulande die meisten Moscheen und islamischen Kulturzentren errichten, haben ein gemeinsames Ziel: die Islamisierung Deutschlands.

Dies soll über den Umweg der "Takiya" erreicht werden, des Verschweigens bzw. Geheimhaltens der Ansichten und religiösen Überzeugungen in Fällen, in denen es dem Wohle des Islam dienlich ist.

Geduldet wird das, wie der Vorsitzende Richter Breiding im Kaplan-Prozeß feststellte, "durch das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörden".

Viele Islamisten sind inzwischen eingebürgert und können nicht mehr ausgewiesen werden. Der innerstaatliche Frieden ist mehr als gefährdet. Schon heute haben wir in vielen Großstädten die sichtbare Balkanisierung der Gesellschaft, morgen vielleicht den Bürgerkrieg, in dem die überalterte Stammbevölkerung schlechte Karten hat.

Häufig als schutzlos empfindet sich jene verantwortungsvolle Minderheit, die noch Kinder hat, während sich die Deutungselite unter der Angstglocke bedeckt hält, um ansonsten nach dem Motto der Mehrzahl der Kinderlosen zu leben: "Nach uns die Sintflut." - Nur kommt hier nicht die Sintflut, sondern eine ganz neue Gefahr, denn, wie Udo Ulfkotte feststellte: "Der Krieg der Zukunft wird in unseren Städten stattfinden." ...<<

18.06.2004

Belgien: Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigen sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sieht in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezieht sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

19.06.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Juni 2004 (x887/...): >>>Die Saat einer falschen Politik

Schatten von Multikulti: Berlin in Angst vor dem Islamismus

Der neue Berliner Verfassungsschutzbericht ist rund 300 Seiten dick. Er wurde zwei Monate später veröffentlicht als gewöhnlich. Denn diesmal stehen die Aktivitäten der Islamisten in der Hauptstadt im Mittelpunkt. Und diese sind - wie schon der Autor Udo Ulfkotte anlässlich seines Buches "Der Krieg in unseren Städten" erleben mußte - in der Lage, eine enorme juristi-

sche Streitmacht in Gang zu setzen. Also empfahl sich besondere Sorgfalt bei der Arbeit. In Berlin leben rund 200.000 Muslime. Unter ihnen werden rund 3.700 Personen zu den Islamisten gezählt. Die meisten von ihnen sind Türken, gefolgt von Arabern. Zu ihren wichtigsten Organisationen gehören die islamische Gemeinschaft Milli Görüs, der verbotene Kalifatsstaat, die Muslimbruderschaft oder die "Partei Gottes", Hisbollah.

Den Gruppen wird unter anderem im Verfassungsschutzbericht vorgeworfen, Organisations- und Betätigungsverbote zu unterlaufen, Judenfeindlichkeit zu propagieren und Anschlagpläne gegen jüdische Einrichtungen zu hegen. Manches klingt vage, was liberale Kritiker zu dem Vorwurf veranlaßte, hier werde ein "Kampf der Kulturen" betrieben.

Um was es aber geht, ist das Unbehagen am Islamismus als "eines der zentralen Probleme", wie Innensenator Ehrhart Körting (SPD) erklärte. Gemeint sind die Bestrebungen, eine islamische Gegengesellschaft zu etablieren, und die schleichende Veränderung der öffentlichen Atmosphäre.

Der massive Ausbau von Moscheen weckt genauso Furcht wie körperliche Angriffe auf Juden, die durch Davidstern, Kipa oder orthodoxe Kleidung als solche kenntlich sind. Sie finden nicht nur in Neukölln statt, wo ganze Straßenzüge fest in arabischer und türkischer Hand sind, sondern auch auf dem Kurfürstendamm. Die Täter sind fast immer arabische oder türkische Jugendliche. Obwohl ein direkter Zusammenhang mit der Indoktrination durch islamistische Organisationen selten nachweisbar ist, liegt er doch auf der Hand.

Der Verfassungsschutzbericht spiegelt damit die Folgen einer verfehlten Zuwanderungs- und Asylpolitik wider. Die jungen Muslime in Berlin, zumeist einfachen Familien entstammend, sind zu 40 Prozent arbeitslos, ein Drittel verfügt nicht einmal über den Hauptschulabschluß. Hinzu kommen mangelnde Sprachkenntnisse. Alles Gerede von Integration erscheint vor diesem Hintergrund lächerlich.

Längst hat sich eine Unterschicht etabliert, die vom deutschen Staat nicht mehr erreicht wird, dafür aber von islamistischen Organisationen. Diese bieten, laut der Chefin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, eine "soziale Rundumbetreuung" an, die sogar Frauengruppen und Kindergärten umfaßt. Pompöse Moscheen, die sich über geltende Bauvorschriften hinwegsetzen, und ein zurückweichender Staat komplettieren das Bild eines veränderten Kräfteverhältnisses.

Die Bemerkungen der Verfassungsschützer zum "Rechtsextremismus" sind eher eine Pflichtübung. Hierzu werden sowohl bekennende Neonazis gezählt, die sich in Kameradschaften zusammenfinden, als auch Parteimitglieder der Republikaner, der NPD und DVU. Die Zahl der politisch motivierten Straftaten beträgt 944 und ist zum Vorjahr unverändert geblieben. Davon sind 71 Prozent lediglich Propagandadelikte, also das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole, Hakenkreuzschmierereien und ähnliches. Wobei nicht unterschieden wird zwischen tatsächlichen politischen Bekenntnissen und Dummen-Jungen-Streichen.

Linksextremisten befinden sich da in einer komfortablen Situation. Ihr Roter Stern, unter dem nicht weniger Menschen gestorben sind als unter dem Hakenkreuz, wird an den sowjetischen Ehrenmälern sogar noch durch Steuergelder erhalten.

Die Zahl der "rechten Gewalttaten" ist von 52 auf 70 gestiegen. Dazu zählen vor allem Übergriffe auf Ausländer. Wobei unklar bleibt, wie viele davon tatsächlich politisch oder rassistisch motiviert waren. Umgekehrt wäre es interessant zu erfahren, wie viele Deutsche von Ausländern verprügelt wurden, und aus welchen Gründen, aus Deutschenhaß etwa. Das Risiko eines Deutschen, Opfer von Ausländerkriminalität zu werden, ist schließlich mehrfach so hoch wie umgekehrt. Kürzlich wurde sogar ein Blinder in einer Neuköllner U-Bahnstation von jugendlichen Arabern verprügelt. Aber solche Fragestellungen würden den Rahmen des politisch Erlaubten und Erwünschten sprengen.<<

03.07.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 2004 (x887/...): >>>**Muttersprache - ein "nationales Kulturgut"**

Wirtschaft, Politik, Medien, Verwaltung, Wissenschaft, auch die Kirchen in Deutschland sind ganz offensichtlich nicht in der Lage oder, was noch schlimmer wäre, nicht bereit, die deutsche Sprache als Grundlage der kulturellen Identität unseres Landes zu schützen und zu bewahren.

"Ohne Englischkenntnisse kann man sich auf dem Bahnhof, dem Postamt, in Einkaufstraßen bald gar nicht mehr zurechtfinden", hört man aus dem Verein Deutsche Sprache (VDS), der sich als Bürgerinitiative verdienstvollerweise dieser Problematik angenommen hat.

VDS-Vorsitzender Professor Walter Krämer stellte fest, dabei handele es sich nicht nur um ein kulturelles Problem mit großen wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern auch um ein soziales. Bürger, die aus den verschiedensten Gründen Englisch nicht hinreichend oder gar nicht verstünden, würden bei der Teilnahme am geschäftlichen und gesellschaftlichen Leben behindert oder gar ausgeschlossen.

Als unlängst der Begriff "Facility Manager" - was nahe liegt - gar nicht und wenn, dann falsch, als "Hausmeister" verstanden wurde, erregte sich Professor Michael Bosch, das sei "Ehrverletzung" und habe seinem wissenschaftlichen Anliegen schweren Schaden zugefügt. Tatsächlich sei "Facility Manager" ein Studiengang an einer Fachhochschule.

Aus dem VDS hieß es dazu knapp und treffend: "Wer Nebelkerzen wirft, darf sich nicht wundern, wenn seine Mitmenschen den Durchblick verlieren." Eine klare muttersprachliche Bezeichnung hätte Mißverständnisse und seitenlange Erklärungen überflüssig gemacht.

Tatsache ist, daß sogenannte "Consultants" - also Unternehmensberater - viel, sehr viel Geld damit verdienen, daß sie Unternehmen dazu bringen, sich am Markt durch Vortäuschung von Internationalität und Modernität insbesondere bei der Jugend anzubiedern.

Verbraucher sollen mit anglizistischem Wortgeklingel zu einem bestimmten Kaufverhalten genötigt werden, eine Methode, die nicht weit entfernt ist von der Manipulation, mit denen im politischen Bereich totalitäre Ideologien ihre Weltanschauungen den Menschen aufnötigen. Wenn sogar im kirchlichen Bereich die Jugend als "Generation under the cross" angesprochen wird, bleibt eigentlich nur Kopfschütteln und die Anmerkung, daß sich Martin Luther im Grabe herumdrehen würde.

Was also muß geschehen, um in Deutschland dieser Zerstörung seiner kulturellen Identität entgegenzutreten? Appelle und Einsichten genügen offensichtlich nicht mehr. Sind doch mehr als drei Jahre vergangen, seit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) zum gesellschaftlichen Widerstand gegen die "Sprachverhuzung" aufrief und feststellte: "Was an sprachlich-moralischer Verlüderung stattfindet, ist immer schwerer zu ertragen." Seine grüne Stellvertreterin Antje Vollmer beklagte damals, daß "schrille, modische und expertenlastige Anglizismen" ohne Not "viele Menschen von der Verständigung ausschließen".

Der damalige FDP-Chef Wolfgang Gerhardt kritisierte die "Flut von Anglizismen" in den Medien, der Werbung oder der Produktbeschreibung. Eberhard Diepgen von der CDU, seinerzeit noch Regierender Bürgermeister von Berlin, plädierte für "kulturellen Verbraucherschutz", und sein Innensenator und Parteifreund Eckart Werthebach kam ebenso konkret zur Sache wie Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmaier von der CSU: Beide forderten gesetzlichen Schutz für die deutsche Sprache durch ein Sprachschutzgesetz, "wie es bereits in Frankreich existiert".

Damit steht fest: Politiker aus allen Parteien haben vor Jahren das Problem erkannt, aber geschehen ist nichts, und Deutsche werden weiterhin in ihrem eigenen Land zu sprachlichen Fremden gemacht. Statt dessen veranstalten die für die Sprache zuständigen Kultusminister im Verein mit dem Bundesminister für Bildung und Erziehung einen "Girls Day" zur Einfüh-

rung deutscher Mädchen in den Berufsalltag, und die grüne Frau Bundesministerin Renate Künast verbraucht ihre Arbeitszeit mit dem Start eines "biofood projects" für die deutsche Jugend. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber sprach in seiner letzten Regierungserklärung von "Cluster-Bildung", "Benchmarking" und "Know-how".

Selten genug mahnen Abgeordnete in Bund und Ländern die Vermeidung von Anglizismen an, und noch seltener finden sie dabei in den Medien Unterstützung.

Im Gegenteil, sie ernten mokante und dümmlich-arrogante Kommentare. Eine lobenswerte Ausnahme ist die Stuttgarter Zeitung, die bewußt Anglizismen vermeidet, ohne in übertriebenen Purismus zu verfallen.

Andere europäische Sprachen sind zudem ähnlicher Pidginisierung ausgesetzt wie die deutsche, allerdings nicht in dem Ausmaß. Unsere westlichen und östlichen Nachbarländer Frankreich und Polen und anderen haben sich schon vor einiger Zeit Gesetze zum Schutz ihrer Sprachen gegeben, die sich zwar nicht als Allheilmittel, aber doch als stabile Eckpfeiler zum Schutz ihrer Landessprachen erweisen.

In Deutschland besteht angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren - auch mit Blick auf die mißlungene Rechtschreibreform - keine wirkliche Verantwortungsbereitschaft von Politik und Wirtschaft für den Schutz der deutschen Sprache, so daß ein Bundesgesetz über die deutsche Sprache unumgänglich geworden ist.<<

04.09.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 2004 (x887/...): >>Der Schriftsteller und Humorist Vicco von Bülow alias Lorient geht in der Bild vom 26. August die Rechtschreibreform hart an und stellt sie in einen größeren Zusammenhang:

"Jede Form der billigen Vereinfachung und Verstümmelung beraubt unsere Sprache ihrer Wirkung. Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügen wird, sich grunzend zu verständigen.

Keine Regierung darf es sich erlauben, eine Kulturnation zu einer Klasse von Schülern zu degradieren, denen nicht die geringste Anstrengung zumutbar ist. Es wäre mir peinlich, müßte ich mit Hilfe meiner geliebten Sprache zum Ungehorsam gegen den Staat aufrufen. Ich möchte auch nicht erleben, daß mir ein junger Mensch versichert, ihm sei es egal, woher er komme. Denn ich müßte ihm sagen: 'Dann ist es auch wurscht, wohin du gehst'."<<

13.10.2004

BRD: Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtet später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/...): >>**Der Griff des Islam nach Europa**

Bei der Beschäftigung mit dem "**Griff des Islam nach Europa**" dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa**, und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.

Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa** 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:

"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr.7 Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.

Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der Islamrat für Europa spricht von einer

"Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck "**Haus des Islam**" verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittert.

Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplittierungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.

Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten. Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.

Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran**, nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran läßt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden. **Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht.** Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam**, der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam, der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt. Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung

der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse.** Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.

Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der böswilligen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.

d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung

auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.

Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -

Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln ..."

Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.

Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen. Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.

e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.

f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.

g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Chri-

sten" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem **starken und selbstbewußten Islam** zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

b. Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat**, langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient. Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.

Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.

d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.

e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne** in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

HINTERGRÜNDE

4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine ver-

nachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat**. Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?**

Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

5. Was ist konkret zu tun?

... **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert**, mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen. Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.

b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. ...<<

16.10.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 2004 (x887/...): >>>**Die Fesseln der "politisch Korrekten" gesprengt**

Hans-Olaf Henkel räumt mit falschen deutschen Befindlichkeiten auf

Vor drei Wochen hat sich die Preußische Allgemeine mit den Verleumdungsversuchen der

Illustrierten Stern dem früheren Vorsitzenden des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, gegenüber beschäftigt. Der Stern hatte versucht, Henkel anhand seines neuesten Buches "Die Kraft des Neubeginns" "in die rechte Ecke" zu schieben, genauer: ihn des Rechtsextremismus zu beschuldigen und ihn damit aus dem Kreis der "politisch Korrekten" auszustoßen.

Nun liegt der Preußischen Allgemeinen sein Buch vor, und es bestätigt über weite Strecken, daß der früher fest in das Establishment eingebundene Henkel dabei ist, sich von den Fesseln der Meinungspolizei zu befreien. Das Buch wimmelt von Feststellungen, die in der Bundesrepublik offen auszusprechen den Autor in die Genickschußzone geraten läßt.

Das beginnt bereits im Vorwort, in dem er sich zu Deutschland bekennt und auch dazu, daß er dieses Land liebe. Er beruft sich auf den Bundespräsidenten Köhler, der keinen Hehl daraus machte, daß er Deutschland liebe und ihm Gottes Segen wünsche.

Dazu meint Henkel, das sei jahrzehntelang undenkbar gewesen. "Heimatliebe war tabu ... Liebe zum eigenen Land, auf das man stolz ist, wird überall als Selbstverständlichkeit angesehen. Und keinem fiel es ein, dies dem Nachbarn zu verwehren. Ob die Menschen nun 'Vive la France' oder 'God bless America' rufen, sie alle wissen, daß Patriotismus zu den Grundvoraussetzungen eines erfolgreichen Gemeinwesens gehört und nicht nur des eigenen ..."

Henkel ist überzeugt davon, daß "wir heute an einem Wendepunkt unserer Geschichte" stehen. "Seit Jahrzehnten hat sich Deutschland in eine Sackgasse manövriert, aus der es keinen Ausweg zu geben schien. Überall drohten Verbotsschilder und Tabus, zu denen auch jenes gehört, das eigene Land nicht lieben zu dürfen. Jeder Versuch, sich aus eigener Kraft zu befreien, endete in einer der zahllosen Selbstblockaden aus ideologischen Dogmen und Paragraphen."

Damit überschreitet Henkel jeden von der politischen Korrektheit gezogenen Zaun. Daher ist es unverständlich, wenn er sich in seiner Verteidigungsantwort auf den Stern darum bemühte, vom Vorwurf frei zu kommen, er sei vom Boden der politischen Korrektheit abgerückt. Gott sei Dank ist er das!

Es kann doch nicht sein, daß jemand, dem an Ehrlichkeit und Wahrheit gelegen ist, wie Henkel betont, sich gern Fesseln anlegen läßt in seinen Meinungsäußerungen und in seinem Drang zu erkennen, wie es eigentlich gewesen ist! Man kann Henkel nur ermuntern, den letzten Schritt zu tun, um der politischen Korrektheit offen den Kampf anzusagen. In der Praxis hat er bereits den Befreiungsschlag getan; nun mag er sich dazu bekennen.

Henkel geht in dem Buch von seiner Familie aus, von seinem Vater, der in den letzten Monaten des Krieges gefallen ist, von seiner Mutter, die trotz Ausbombung in Hamburg ihn und seine zwei Geschwister tapfer durch die schwere Zeit brachte. Der Familie fühlt er sich verpflichtet; sie ist für ihn die kleinste Zelle seines Vaterlandes Deutschland. Er wehrt alle Versuche, die Generation jener Deutschen und sogar noch ihre Nachkommen im Zuge der Sippenhaft als Schuldige zu ächten. Nichts hält er von den permanenten Schuldbekennnissen der deutschen politischen Führungspersonlichkeiten.

"Die 'Schuld', so einleuchtend sie juristisch ist, stellt im Historischen eine gefährliche Kategorie dar. Sie wirkt wie eine Keule. Mit gutem Gewissen eingesetzt, hinterläßt sie Wunden, die nicht verheilen. Von den Siegern des Ersten Weltkrieges gegen die Deutschen angewandt, trug sie mit Schuld daran, daß es zu einer Fortsetzung des Waffengangs kam. Denn der Friedensvertrag von Versailles zwang den Verlierer zum Eingeständnis seiner Alleinschuld. Damit mußte Deutschland sich selbst als moralischer Verlierer, ja, Verbrecher brandmarken.

Die Sieger, die nur die Menschenrechtsverletzungen der Unterlegenen anprangerten, schienen zu übersehen, daß auch ein Volk so etwas wie eine Menschenwürde besitzt." Henkel vertritt die unter ausländischen Politikern wie unter seriösen Historikern verbreitete Ansicht, daß der Erste und der Zweite Weltkrieg zusammengehören, sie Anfang und Ende eines zweiten

30jährigen Krieges bilden. Und an dem Weltkrieg war Deutschland keineswegs allein schuldig.

Man müsse jetzt "alles beiseite räumen, was sich aufgetürmt hat und jeden Neuanfang behindert. Für mich gehört dazu auch das Festhalten an der 'Erbsünde', die ewige Wiederholung einer Schuld, die den Menschen ihren Mut nimmt und ihnen nur schlechtes Gewissen einredet."

Die mögliche Beschuldigung, er sei Nationalist, wehrt er vehement ab. Er nennt sich einen "leidenschaftlichen Befürworter der europäischen Einigung und des Transatlantischen Bündnisses" und fährt fort:

"Aber ich lege auch Wert auf die Wahrheit. Und diese ist, dank permanenter Umerziehung und Denkvorgaben, in Deutschland großen Teils vergessen worden."

Nimmt man dann noch sein Bekenntnis, er sei "geradezu besessen" von der Freiheit des Individuums, hinzu, dann hat man ein Bild der Persönlichkeit Henkels vor sich.

Jetzt, da er frei ist von Ämtern, die ihn festlegten auf die Interessenvertretung von Wirtschaftsgruppen (er ist ehrenamtlicher Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, des Zusammenschlusses der außeruniversitären Forschungsinstitutionen in unserem Land), kann er offen und ungeschminkt den Kampf gegen die unsere Meinungsfreiheit einschnürende politische Korrektheit aufnehmen.

In seinem Buch "Die Kraft des Neubeginns" tut er es bereits, so wenn er von unserer jüngsten Vergangenheit ein Geschichtsbild entwickelt, das man mit Fug und Recht als ein revisionistisches bezeichnen kann. Er spricht von der Einkreisung Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg, von "Nürnberger Schauprozessen", vom Bombenkrieg der Westalliierten gegen die Zivilbevölkerung.

Der Verlogenheit der deutschen Geschichte gegenüber und der unentwegt geschwungenen Keule der Schuldbekennnisse schreibt Henkel es zu, daß die Bundesrepublik heute am Abgrund zu stehen scheint.

Wer jahrzehntelang einem Volk solche Belastungen aufzwingt, tötet jede Motivation zur Reform, erst recht zum Neubeginn. Neu müsse unser Staat beginnen, meint Henkel, nachdem er sich aufgrund falscher Politik festgefahren habe. Die Staatsführung sei besessen gewesen von der Idee, nur nichts Grundsätzliches zu verändern. Die Organisationsstrukturen unseres Staates seien erstarrt. Von den überbordenden Sozialleistungen habe man nicht abzugehen gewagt, weil man gefürchtet habe, sonst Wahlen zu verlieren. Die Folge: Deutschland sei nicht mehr wettbewerbsfähig.

Dabei habe es eine hervorragende Möglichkeit zum Neuanfang gegeben, als nämlich die BRD und die DDR sich aufgrund der friedlichen Revolution unserer mitteleuropäischen Landsleute wiedervereinigten. Genau das aber ist vermieden worden. Man wollte aus dem geteilten Land keineswegs ein neues Deutschland schaffen, sondern die DDR sollte auf die alten Gleise der BRD geschoben werden; eine erweiterte Bundesrepublik sollte nach altem Schema entstehen. Ein Appell an das Gemeinschafts- und Verantwortungsbewußtsein aller Deutschen wurde sorgsam vermieden.

Die Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede hat auch Hans-Olaf Henkel vermißt, eine Rede, mit der der damalige Bundeskanzler Kohl allen Deutschen hätte klarmachen müssen, daß nun, nachdem sich der vom Sozialismus in Grund und Boden gewirtschaftete Teil Deutschlands befreit hatte, von allen Deutschen in einem gewaltigen Kraftakt ein Neuanfang unseres Landes angepackt werden müsse. Kohl und die Seinen fürchteten offenbar die dadurch freigesetzte Kraft, die man glaubte, nicht mehr beherrschen zu können.

Allerdings, so Henkel, kann ein Neuanfang nur gelingen, "wenn man weiß, was man will". Und das gerade ist die Hauptkrankheit unseres Gemeinwesens. Welches sind die deutschen Ziele? Wo liegen die deutschen Interessen? Was will Deutschland in der Gemeinschaft der

Völker sein?

Auf solche Fragen gab weder die alte CDU-FDP-Regierung noch die ihr folgende SPD-Grünen-Regierung eine Antwort. Man laviert sich durch, läßt alles beim alten, gibt jedem Druck von außen nach und hat in Wahrheit Angst vor dem Volk.

Aus dieser Angst resultierte auch die Tatsache, daß in keinem Land Europas die Bürger so wenig direkte Mitwirkungsmöglichkeiten an der Politik haben wie in der Bundesrepublik, so Henkel. Er fordert daher mehr direkte Demokratie und verlangt konkret, daß eine Regelung gefunden werden müsse (Das Grundgesetz ist immer wieder geändert worden; warum dann nicht auch in diesem Punkt?), um den Bundespräsidenten wie auch die Ministerpräsidenten der Länder vom Volk wählen zu lassen. So würde nicht nur dem Amt des Bundespräsidenten mehr Gewicht verliehen, sondern auch die Bindung zwischen dem Wählervolk und seinen führenden Persönlichkeiten gestärkt.

Von Schröder und seiner rot-grünen Regierung hält Henkel nichts. Wenn Schröder gelegentlich Äußerungen von sich gibt, die den Eindruck erwecken, er vertrete vorrangig die deutschen Interessen, dann markiere er damit, wie Henkel meint, "Scheinpatriotismus". In Wahrheit laviere sich Schröder durch.

Hart ins Gericht geht er mit den Grünen. Er nennt aus der Führungsmannschaft alle beim Namen, die in der Wolle gefärbte Kommunisten waren, und läßt erkennen, daß er erhebliche Zweifel daran hat, daß sie ihre Gesinnung abgelegt haben. Die von ihm aufgeführten Maßnahmen, die von Grünen-Politikern durchgesetzt wurden, scheinen zu bestätigen, daß immer noch versucht wird, Vorstellungen der DDR in die Tat umzusetzen.

Auf allen Gebieten herrscht in der Bundesrepublik eine noch vor 20 Jahren unvorstellbar gewesene Schlampe. Niemand fühlt sich verantwortlich, keiner engagiert sich bedingungslos für die gemeinsame Sache. Vieles in unserem Land ist außer Kontrolle geraten. Die Regierung operiert mit unkorrekten Zahlen. "Wo sich keiner verantwortlich fühlt, kleben alle an ihren Stühlen." Pfuscher regiert auf allen Gebieten - von Toll collect bis zur Bundesanstalt für Arbeit, jetzt großspurig Bundesagentur für Arbeit genannt, wodurch sich nichts ändert. Hartz IV werde, befürchtet Henkel, in einem "administrativen Super-GAU" enden.

Dagegen stellt er Mut machende Aktivitäten wie den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden. Ohne Staat, (übrigens auch ohne tatkräftige Mithilfe der Kirche) hat Privatinitiative eines der schönsten und symbolträchtigsten Denkmale deutscher Geschichte wiedererrichtet, weil sich Menschen mit ganzem Herzen dafür eingesetzt haben.

Als "moralische Schlampe" bezeichnet er nicht nur die Diffamierung des Abgeordneten Hohmann, sondern auch die Art, wie man mit Jürgen Möllemann umging, und das Verfahren, das die bekannten Seilschaften von der Zeit bis zur Süddeutschen Zeitung anwandten, um die üblen Verfehlungen des "zweit-höchsten Repräsentanten der deutschen Juden", Michel Friedman, herunterzuspielen - sie griffen den ermittelnden Staatsanwalt an.

Henkel zieht gegen jede Art von Gleichmacherei zu Felde, die in der Sozialpolitik wie in der Bildungspolitik zu schlimmen Folgen geführt habe. Die Politik der Bundesregierung erschöpfe sich meist in der Veröffentlichung von Ankündigungen, denen keine Taten folgten.

Man schluckt allerdings trocken, wenn man Henkels Anhimmelung der USA liest. Schon als Schüler war er gefesselt von der amerikanischen Trivialkultur; nichts riß ihn so hin wie US-Popmusik. Die Begeisterung hat sich bis heute noch vertieft. Was immer es Gutes und Schönes in der Welt gibt, kommt nach Henkels Meinung aus den USA. Und großzügig, wie die Amerikaner sind, teilen sie all ihre Schätze mit den anderen Völkern. Er ist dankbar dafür, daß die USA Deutschland "adoptiert" haben, wie er schreibt. -

Hier fehlt die sonst vorhandene gesunde Kritikfähigkeit; er erkennt nicht, daß Deutschland auf viele der von ihm angeprangerten Irrwege von den USA geführt worden ist. Und er wünscht sich Angela Merkel als Kanzlerin, weil er meint, ohne es zu begründen, daß sie das Zeug dazu

habe, den jetzigen verderblichen Kurs der Bundesregierung umzukehren. Hoffen wir in unser aller Interesse, daß Henkel Recht hat und nicht Arnulf Baring, der in der von Angela Merkel geführten CDU nur eine zweite SPD sieht.

Vielleicht ist ein solches Buch wie "Die Kraft des Neubeginns" aus der Feder eines der führenden Wirtschaftsmanager Deutschlands tatsächlich ein Zeichen dafür, daß unser Land an einem Wendepunkt steht. ...<<

29.10.2004

Italien: Die Staats- und Regierungschefs unterzeichnen am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.

"SPIEGEL ONLINE" berichtet am 29. Oktober 2004 über die Unterzeichnung der Europäischen Verfassung in Rom: >>>**Chronologie: Der lange Weg zur EU-Verfassung**

Seit mehr als 47 Jahren arbeitet Europa am Zusammenwachsen. Eine Chronologie der bisherigen Entwicklung.

25. März 1957: In Rom unterzeichnen sechs Staaten die Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG). Mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bilden sie die "Europäischen Gemeinschaften". Die Römischen Verträge treten zum 1. Januar 1958 in Kraft.

1. Juli 1968: Die Zollunion tritt in Kraft, die Zölle im innergemeinschaftlichen Handel werden aufgehoben. Im Handel mit Drittländern gilt nun der Gemeinsame Zolltarif.

1. Januar 1970: Die EG-Staaten beginnen ihre Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die eine gemeinsame Außenpolitik anstrebt.

4./5. Dezember 1978: Der Europäische Rat beschließt in Brüssel das Europäische Währungssystem (EWS), das zum 13. März 1979 beginnt.

2./3. Dezember 1985: In Luxemburg verständigen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf eine Reform der EG-Verträge hin zur Einheitlichen Europäischen Akte. Im Zentrum steht die Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992.

19. Juni 1990: Frankreich, die Benelux-Staaten und die Bundesrepublik unterzeichnen das "Schengener Abkommen", das eine erweiterte Freizügigkeit in Europa umfaßt.

9./10. Dezember 1991: Die Staats- und Regierungschefs einigen sich in Maastricht auf den Vertrag zur Europäischen Union. Er legt den Fahrplan zur Wirtschaft- und Währungsunion fest und tritt zum 1. November 1993 in Kraft. Die EG-Staaten verständigen sich auch auf die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Kooperation in der Innen- und Justizpolitik.

16./17. Juni 1997: Die Staats- und Regierungschefs weiten auf dem Gipfel von Amsterdam die Kompetenzen des EU-Parlaments aus. Außerdem einigen sie sich auf Verbesserungen bei der gemeinsamen Verteidigungspolitik. Der "Vertrag von Amsterdam" tritt im Mai 1999 in Kraft.

7./9. Dezember 2000: In Nizza beschließt die EU die institutionellen Voraussetzungen für ihre Erweiterung auf 25 Mitglieder und gibt den Startschuß für innere Reformen. Die "Charta der Grundrechte der Europäischen Union" wird feierlich proklamiert.

15. Dezember 2001: Im belgischen Laeken wird erneut ein Konvent auf den Weg gebracht, der das umfangreiche Regelwerk der EU grundsätzlich überarbeiten und die institutionellen Verhältnisse in Europa neu fassen soll. Konventpräsident wird Valéry Giscard d'Estaing. Der Konvent nimmt Anfang 2002 seine Arbeit auf.

1. Januar 2002: In zwölf Mitgliedsstaaten der EU wird der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Darauf hatte sich die EU 1995 verständigt, wobei die Gemeinschaftswährung bereits 1979 unter der Bezeichnung Ecu als Rechnungs- und Währungseinheit eingeführt worden war.

20. Juni 2003: Nach fast 18-monatiger Arbeit legt der Konvent seinen Vorschlag für eine europäische Verfassung vor. Er wird auf dem EU-Gipfel von Thessaloniki von den Staats- und Regierungschefs "zustimmend zur Kenntnis genommen". Ab Oktober soll eine Regierungskonferenz letzte Abstimmungen vornehmen.

12./13. Dezember 2003: Die Regierungskonferenz kann auf ihrer Sitzung in Brüssel keine Einigung über den Verfassungsentwurf erzielen. Polen wollte aus innenpolitischen Gründen nicht hinter Nizza zurückgehen, das dem Neumitglied ein überproportionales Stimmengewicht einräumt. Spanien, eines der Hauptempfängerländer von EU-Subventionen, wollte seine Blockademöglichkeiten im Europäischen Rat nicht aufgeben.

17./18. Juni 2004: Nachdem unter irischer EU-Ratspräsidentschaft die Regierungskonferenz im März ihre Arbeit wieder aufnahm, wagt der EU-Verfassungsgipfel in Brüssel einen zweiten Anlauf. Bei weit mehr als 90 Prozent der Verfassung konnte im Vorfeld Konsens erreicht werden. Erst in letzter Minute können die noch offenen Punkte wie die künftige Abstimmungsquoten in der EU geregelt werden.

29. Oktober 2004: Die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnen in Rom den Verfassungsvertrag. Damit beginnt der auf zwei Jahre angelegte Ratifikationsprozeß.<<

25.11.2004

BRD: Der deutsche Historiker Horst Möller berichtet am 25. November 2004 während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über "Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur" (x879/10-16): >>... Warum sind Vertreibungen im 20. Jahrhundert nicht nur ein deutsches, nicht nur ein europäisches, sondern ein welthistorisches Schicksal? ...

Doch sind einige wenige Bemerkungen nötig: Völker, Minderheiten, Nationalitäten, die seit Jahrhunderten friedlich zusammen lebten, taten das im 20. Jahrhundert nicht mehr. Selbstverständlich ist der Nationalismus, sind die Nationalbewegungen, ist die Gründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert eine der Voraussetzungen dafür, daß es Spannungen zwischen Nationalitäten gab bzw. daß ihr Miteinander einer rechtlichen Regelung bedurfte.

Eine völkerrechtliche Regelung war auch eine Aufgabe der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg 1919/20, nachdem man die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie zer schlagen hatte und das Ziel verfolgte, Nationalstaaten zu gründen, in denen die Nationalitätenproblematik, die ja eine der Ursachen für den Ersten Weltkrieg gewesen war, keine Rolle mehr spielen würde. Tatsächlich ist dieses Ziel nicht erreicht worden, statt dessen sind eine ganze Reihe von Staaten gegründet worden, die ihrerseits Nationalitätenprobleme aufwiesen, beispielsweise die Tschechoslowakei, in der die Tschechen selber keine absolute Mehrheit, wenn auch die bei weitem stärkste Volksgruppe vor den Deutschen, den Slowaken und den als eigene nationale Gruppe geführten Juden bildeten.

Die nach dem Ersten Weltkrieg nicht gelöste Minderheitenproblematik blieb eine der Ursachen für Entwicklungen, die zu Exzessen der Verfolgung und der Vernichtung von Nationalitäten führten. Und das war - die Armenier sind das bekannteste Beispiel - auch schon während des Ersten Weltkrieges zu beobachten. Das heißt also: Schon lange vor der Vertreibung der Deutschen stellten Minderheiten ein Problem der europäischen Politik, des Völkerrechts im besonderen dar. Alle Versuche, die der Völkerbund in Genf während der 1920er Jahre unternommen hat, die Minderheitenproblematik zu lösen, sind ebenfalls gescheitert.

Wenn wir heute über diese Fragen diskutieren, dann wird oft gesagt: Wie könnt ihr über die Vertreibung reden? Ihr müßt über den Nationalsozialismus reden! Nun versteht es sich geschichtswissenschaftlich von selbst, Vorgeschichte und Ursachen historischer Phänomene einzubeziehen, und man braucht Historikern nicht zu sagen, daß auch das Jahr 1945 nicht ohne das Jahr 1933 und nicht ohne das Jahr 1939 zu erklären ist, d.h. selbstverständlich steht die

Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im historischen Kontext der nationalsozialistischen Diktatur und der Massenverbrechen gegen die unter deutscher Besatzung stehenden Völker im Osten Europas.

Allerdings muß auch gesagt werden: Die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion im September 1939 - und damit die historische Voraussetzung der "Westverschiebung" Polens 1945 - konnte weder chronologisch noch kausal eine Reaktion auf deutsche Verbrechen sein, sondern war ihrerseits aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 eine brutale Annexion fremden Staatsgebiets. Auch die historische Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen 1945 ist also komplizierter, als daß sie ausschließlich als Reaktion auf Vertreibungen und Verbrechen angesehen werden kann, die die deutsche Besatzungsmacht zwischen 1939 und 1945 zweifellos begangen hat.

Keinesfalls aber kann die historische Erklärung als Legitimation, als Rechtfertigung für andere Verbrechen akzeptiert werden. Kein Verbrechen legitimiert ein anderes, auch wenn es zur Erklärung beitragen kann. Unter den deutschen Vertriebenen waren Millionen Unschuldige, die buchstäblich für die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in "Sippenhaft" genommen wurden. ...

Die Erinnerung, die historische Erinnerung (heute in aller Munde) ist selbstverständlich ein Teil jeder politischen Kultur und neben der individuellen Erinnerung, die jeder Mensch hat, neben der eigenen Geschichte, steht das vom französischen Soziologen Maurice Halbwachs sogenannte kollektive Gedächtnis, das kollektive Erinnern.

Nun haben Philosophen, Soziologen, Historiker an diesem Modell der kollektiven Erinnerung mit Recht auch Kritik geübt, auf der anderen Seite ist die Erinnerung oder besser gesagt: sind die Erinnerungen, sind die verschiedenen Identitäten, die die Geschichte einer Nation und einer Gesellschaft ausmachen, auch für eine historische Ortsbestimmung in der Gegenwart und für die Zukunft notwendig.

Ohne historisches Erinnern gibt es keine politische Kultur, und leider sehen wir in Politik und Gesellschaft immer wieder, daß die Abwesenheit der historischen Perspektive, auch die Abwesenheit der historischen Bildung, sehr kurzfristig angelegte politische Entscheidungen bewirkt. Und diese so präsentistisch (die Gegenwart betreffend) angelegten Entscheidungen führen fast immer in die Irre oder scheitern schnell. Also Grund genug, auch in diesem Feld dagegen anzugehen, daß die historische Erinnerung in der öffentlichen Diskussion eine bloß fragmentierte (bruchstückhafte) Erinnerung ist.

Man sollte jedoch meines Erachtens nicht Konkurrenzen zwischen verschiedenen Erinnerungsfeldern, verschiedenen historischen Schichten oder gar verschiedenen Opfergruppen aufbauen: "Nur das Wahre ist das Ganze" hat der Philosoph Hegel einmal gesagt, und das gilt auch hier.

Das heißt also: Zu unserer historisch-politischen Kultur muß selbstverständlich auch die Realität der Vertreibung nach 1945 gehören, und zwar in dreifacher Perspektive: Zum einen darf, muß und soll sich auch jedes Volk, jede Nation ihrer eigenen Opfer erinnern, zum zweiten muß sie natürlich nach den Ursachen fragen und zum dritten muß sie selbstverständlich die Frage miteinbeziehen, welchen Anteil an historischer Verantwortung, ja an historischer Schuld, sie selbst an dieser Entwicklung trägt.

Diese verschiedenen Dimensionen sind meines Erachtens nicht zu trennen, wenn nicht die historische und die politische Kultur insgesamt Schaden nehmen soll. Nun können wir neben der großen Zahl historischer Arbeiten in der öffentlichen Diskussion immer wieder Erinnerungswellen bemerken.

Wir haben auch in der Wissenschaft solche Wellen der Erinnerung, einen ersten Höhepunkt in der Erforschung der Vertreibung gab es in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre bis zum Beginn der 1960er Jahre und dann wieder - mit Schwerpunkt auf dem Problem der sozialen Inte-

gration - seit Ende der 1970er Jahre bis zum Beginn und der Mitte der 1980er Jahre, also immer dann, wenn das Bewußtsein stärker wurde, daß man sich der gesamten Geschichte stellen muß und nicht nur einzelnen Komplexen oder Perioden.

Seit das "Zentrum gegen Vertreibungen" initiiert worden ist, entwickelte sich eine besonders heftige Diskussion, wie ich meine, eine für die Verzerrungen in unserer öffentlichen Meinungsbildung oft charakteristische Diskussion. Den Initiatoren und ihrem Konzept ist immer wieder unterstellt worden, es sei ein bloß nationales oder gar nationalistisches oder auf die Vertreibung der Deutschen eingeschränktes Konzept.

Wer den Text liest, der auch veröffentlicht worden ist, wird schnell sehen: Naturgemäß bildet die Vertreibung der Deutschen einen zentralen Punkt, zumal es sich um das quantitativ umfangreichste Beispiel von Vertreibungen handelt. Doch ist von vornherein betont worden, daß die Vertreibung der Deutschen nach 1945 als ein, wenn auch für unser Erinnern in Deutschland zentraler Teil aller Vertreibungen im 20. Jahrhundert gesehen wird - Vertreibungen, die durch Nationalismus, aber auch durch die ideologisch aufgeladenen Diktaturen zu erklären sind.

Und so ist es selbstverständlich, daß man das 20. Jahrhundert insgesamt in den Blick nimmt; und schließlich sind, wenn ich einmal von dem Problem der Armenier 1915 absehe, die ersten großen Flüchtlingswellen und Vertreibungen nach der bolschewistischen Oktoberrevolution in Rußland erfolgt. Allein in Berlin gab es nach dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende von russischen Flüchtlingen.

Diese Thematik ist also eine europäische Thematik. Dazu kommt die ganz ungeheure Friedensleistung, die die Integration der Flüchtlinge in die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Trotz vieler anfänglicher Schwierigkeiten, die ja leicht zu erklären sind, handelt es sich bei dieser Integration um eine Friedensleistung, die immerhin nach ungefähr zehn Jahren erreicht worden ist. Man darf in diesem Fall durchaus auch einmal davon sprechen, daß den Deutschen etwas gelungen ist, was angesichts der Vertreibung von etwa 15 Millionen Menschen wohl noch in keinem Fall einer Massenvertreibung gelungen ist, nämlich die Vermeidung neuer Kriege und neuer Konflikte. ...

Wir dürfen als Historiker diesen Erinnerungen nicht ausweichen, auch dann nicht, wenn sie schmerzhaft sind. Wir könnten natürlich mit Friedrich Nietzsche sagen: "Gesund ist, wer vergißt." Wir können aber auch mit Sigmund Freud sagen: "Wer verdrängt, wird krank." Die Historiker halten es natürlich mit letzterem. Die Verdrängung historischer Tatbestände wirft auf die Dauer Probleme auf, die historische Legendenbildung - wir haben das in der Geschichte (nicht nur der deutschen) immer wieder gesehen - führt zu politischen Belastungen und Vergiftungen, manchmal extremen Ausmaßes. Deshalb muß dagegen immer wieder die historische Aufklärung gesetzt werden. ...<<

Die deutschen Historiker Jörg-Dieter Gauger (1947-2015) und Günter Buchstab berichten während dieser Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Schule als gesellschaftlicher und politischer Seismograph" (x879/85-109):
>>... Ernest Renan hat einmal formuliert, eine Nation als Geschichtsgemeinschaft lebe von der Teilhabe an "Ruhm und Reue": Beides verbinden zu können und zu wollen, ist Zeichen von Normalität in Deutschland.

Daher ist es auch ein Zeichen von Normalität, wenn heute, 50 Jahre später, sich ein Thema wieder Bahn bricht, das man "entsorgt" zu haben glaubte, das Thema von Flucht und Vertreibung und des Verlustes der ehemals deutschen Ostprovinzen.

Der Streit um das "Zentrum gegen Vertreibungen" zeigt nur, daß das "Entsorgen" nicht funktioniert, auf beiden Seiten nicht; denn es ist kein Streit der Argumente, es ist ein Streit der Gefühle. Auf der einen Seite wird unterstellt, die Deutschen wollten Geschichte umschreiben, wollten endlich die Täter- mit der "Opferrolle" vertauschen, und auf der anderen Seite, man

wolle ihnen das Trauern um sich selbst verbieten, wolle die "Unfähigkeit zu trauern" durch die moralische "Unmöglichkeit zu trauern" ersetzen. Das sind Konsequenzen des Schweigens. Schweigen führt zu Verkrümmungen, zu Ängsten, zu Ritual und Formelkompromiß.

"Zwar kann die Gerechtigkeit nicht durch einen Akt des Rechts erwirkt werden, denn so viel Unrecht läßt sich konkret gar nicht sühnen, aber schon seine Aufdeckung, seine Benennung, das Sprechen darüber führt zu einer Entsühnung und damit Versöhnung" (Karol Sauerland). In diesen Dialog müssen die Vertriebenen selbstverständlich einbezogen werden. ...

Ein sehr viel genauerer Seismograph für den Stellenwert historischer Themen sind Schule und Unterricht, Lehrpläne und Schulbücher: Was sie thematisieren oder was nicht und wie sie thematisieren, zeigt an, wie ein Thema gesamtgesellschaftlich und politisch gewertet und beurteilt werden soll:

Denn die Schule ist der einzige Ort in jeder Gesellschaft, dem bekanntlich keiner entkommt, und in dem es um systematische Wissensvermittlung geht; sie ist jene Übergangsinstitution, in der die Erwachsenengeneration der nachwachsenden Generation auf den Weg gibt, was sie wissen soll und wovon die Erwachsenengeneration überzeugt ist, daß es wertvoll sei, wenn es vermittelt werde.

Der Auftrag der Schule ist verankert in Gesetzen und Erlassen, die ihren Rahmen setzen und das spiegeln, was bildungspolitisch für richtig und daher vermittelenswert angesehen wird. Dabei liegt der Akzent auf "politisch", daher folgt die Schule sich verändernden politischen und gesellschaftlichen Vorgaben, die sich an Mehrheiten orientieren und das dominante politische Klima verkörpern; daher gibt sie Auskunft über den jeweiligen "Zeitgeist".

Ein prägnantes Beispiel: Die Metamorphose eines Schulbuchs

Legt man eines der maßgeblichen Sozialkundebücher der Bundesrepublik in Auflagen der 1960er und der 1970er Jahre nebeneinander, nämlich Wolfgang Hilligens "Sehen, beurteilen, handeln" - damals hochangesehener und einflußreicher Didaktiker der Politischen Bildung in Gießen -, dann fällt sofort ins Auge, wie sich die beiden Auflagen unterscheiden:

In der 68er Ausgabe (verglichen wurde mit 1965) wird das Problem der Vertreibung nach einem noch sehr kritischen DDR-Kapitel auf dreieinhalb Seiten behandelt. Insbesondere werden die Integrationserfolge angesprochen:

- "Neue Heimat für Millionen

- Woher - wohin mit: Schlesien/Pommern und Brandenburg/Nicht ohne Opfer

- ... Lastenausgleich/Nicht nur Lasten/Wie es zu Vertreibung kam, mit kurzem Rekurs auf 1939/Auschwitz/Zwangsarbeiter und Potsdam mit dem Hinweis: Unter 'Polen' verstand die Sowjetunion auch die deutschen Ostprovinzen.

Damit war die Austreibung von 15 bis 20 Millionen Deutschen aus ihrer jahrhundertelangen Heimat beschlossen. Etwa 2 Millionen blieben zurück, über 3 Millionen kamen um oder sind vermißt. Jeder sechste Deutsche hat bei der Vertreibung den Tod gefunden. Eine Konferenz amerikanischer Bischöfe bezeichnete 1947 die Vertreibung der Ostdeutschen als 'eines der größten Verbrechen der Weltgeschichte' und 'einen Vorgang, den es noch nicht gegeben hat'." Daran schließt Hilligen unter der Überschrift *"Eine schwere Frage: Soll die Bundesrepublik um des Friedens willen die Oder-Neiße-Linie als derzeitige (sic!) Grenze anerkennen oder nicht?*

In den nächsten Jahren wird eine Entscheidung über diese Frage gefällt werden ..."

Besonders eindrucksvoll sind die *"Vorschläge für die Mitarbeit"*:

"Deutsche Sprachgebiete vor und nach 1945.

Was wurde in den deutschen Ostgebieten produziert?

Welche großen Deutschen lebten in den deutschen Ostgebieten?

Welche Baudenkmäler aus dem deutschen Osten sollte jeder kennen?

Der deutsche Osten ist nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Pflug gewonnen worden.

Bericht über die Ostsiedlung.

Heimatvertriebene in der Gemeinde und im Bundesland.

Wie hoch ist der Prozentsatz der Eheschließungen zwischen Heimatvertriebenen und Einheimischen?

Welche neuen Gewerbe brachten die Heimatvertriebenen mit?

"Nicht Rache und Vergeltung." Unter dieser Überschrift wird aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen zitiert und betont: *"In der gleichen Erklärung wird aber auch verlangt, daß das 'Recht auf Heimat' als ein Grundrecht der Menschheit anerkannt wird."*

In der Auflage 1970/75 werden zwar einige Passagen der alten Ausgabe übernommen, aber jetzt grundlegend neu akzentuiert:

1. expressis verbis hervor- und damit zum fundamentalen Kausalzusammenhang erhoben wird die vormals nur indirekt angedeutete Sequenz:

NS-Untaten - Vertreibung: *"Was zwischen 1939 und 1945 geschah, war die Ursache zur Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat ..."*

2. Der wertende Passus wird entscheidend verkürzt: *"(Unter 'Polen' verstand die Sowjetunion auch Ostdeutschland (s.o). Das bedeutete: Austreibung von 15 bis 20 Millionen Deutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat. Etwa 2 Millionen bleiben zurück, über 3 Millionen kamen um oder blieben vermißt."*

Der frühere Passus über das Unrecht der Vertreibung fehlt. Offenbar hat diese Perspektive in der Einschätzung des Verfassers keine Berechtigung mehr; vielmehr soll der Schüler die Folgerung ziehen, das Leid, das die Deutschen brachten, habe das Leid, das über die Deutschen kam, zur logischen, daher Verständnis voraussetzenden Konsequenz.

3. Die Lastenausgleichsproblematik (*"Wer soll die Lasten tragen?"*) wird nur noch verkleinert gesetzt, betont wird aber noch: *"Heute wissen wir, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge mit ihrer Arbeitskraft zurückzahlten, was sie durch Lastenausgleich erhalten. Ohne die Vertriebenen wäre der Aufstieg der deutschen Wirtschaft nicht möglich gewesen."*

4. Daran schließt sich aber nun ein neues Kapitel an: "Von der Oder-Neiße-Linie zur Oder-Neiße-Grenze", wobei jetzt unter Auslassung der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" die nebeneinander gestellten Fragen: "Recht auf Heimat" - "Rache und Vergeltung" - "Neues Heimatrecht" durch Verweis auf das 68er Memorandum des Bensberger Kreises, einen Artikel in der Wiener Arbeiterzeitung vom 8. September 1967 und auf ein Interview mit dem ehemaligen Moskauer Botschafter Helmut Allardt als beantwortet erscheinen, und zwar zugunsten des Status quo und der Abgeschlossenheit der Frage, unterstützt noch durch einen ebenfalls neu aufgenommenen Meinungskasten, nach dem seit 1953 immer mehr Menschen glauben, daß die Ostgebiete "für immer" verloren sind. Die völkerrechtliche Dimension des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1973 wird 1975 noch nicht erwähnt.

5. Die noch 1968 geforderten Wissensbestände bezogen auf die Vertreibungsgebiete sind völlig ausgelassen: d.h. man braucht auch nichts mehr darüber zu wissen, weil es ja eben polnisches Gebiet sei; dadurch wird zugleich aber auch jeder vorgängige kulturelle Bezug endgültig eliminiert.

An der Metamorphose dieses sehr einflußreichen Schulbuchs wird erkennbar, wie rasch sich innerhalb weniger Jahre die Akzente dessen, was Schule vermitteln soll und damit das erwünschte Geschichtsbild, radikal ändern. Und genau das macht deutlich, wie zentral Schule und Unterricht Bewußtsein prägen wollen und wie sie zugleich abhängig von gesellschaftlichen und politischen Trends sind: Was noch in den 1960er Jahren "gewußt" werden sollte, ist in den 1970er Jahren obsolet geworden. ...

Für die Schulpolitik der damaligen DDR war das naturgemäß nur ein Thema im ideologisch vorgegebenen Rahmen und vor dem Hintergrund des Görlitzer Vertrags von 1950. Unter Berufung auf den sog. Antifaschismus wird jenes einheitliche Geschichtsbild übernommen, so-

wohl bezogen auf Ostkolonisation und Ordensstaat wie auch in der Wertung der Ereignisse von 1945, das der kommunistische Ostblock sich verordnet hat und das sich weder vom polnischen noch vom tschechischen oder russischen unterscheidet.

Die deutsche Ostsiedlung erscheint als Raub slawischen Landes. Damit wird das auch für Polen geltende kommunistische Geschichtsbild übernommen: 1945 wurde nur restituiert, was im Mittelalter geraubt wurde; Polen mußte vor einer erneuten deutschen Aggression geschützt werden. Hier kommt das "antifaschistische" Selbstverständnis zum Ausdruck: Es wurde nach Deutschland 'um(ge)siedelt'; von den schrecklichen Abläufen, von Unrecht oder gar der Existenz von Heimatvertriebenen in der ehemaligen DDR keine Spur. ...

Rückblick:

1. Der Rechtsrahmen bis Ende der 1990er Jahre

Durch die Richtlinien des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen (1952) war die Schreibweise von Orten und die Darstellung der Grenzen geregelt worden. Diese Regelung hatte grundsätzlich bis zu Beginn der 90er Jahre Bestand.

So legten die "Grundsätze für die einheitliche Darstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 sowie der innerdeutschen Grenzen und für die einheitliche Verwendung von Namen und Bezeichnungen in kartographischen Lehrbüchern" der KMK noch 1981 fest (allerdings unter sofortiger Ablehnung Bremens, daher kam es nicht zum Beschluß), daß die Rechtslage auf entsprechenden Kartendarstellungen zum Ausdruck zu bringen sei.

Bereits im November 1954 legte die KMK ihre Empfehlungen zur Behandlung des deutschen Ostens in den Schulen vor, wonach in Fortbildungskursen und in den Historiker-Prüfungsordnungen für Gymnasiallehrer vertieftes Wissen über den Osten verlangt wurde.

Der KMK-Beschluß bereitete die Empfehlungen zur Ostkunde vom Dezember 1956 vor. Diese Empfehlungen legten eindeutig den Akzent auf das "Bewußtsein von der deutschen Einheit und den Wille(n) zur Wiedervereinigung" (der die Ostgebiete einschließt), auf die "Leistung" des deutschen Ostens, die im "deutschen Geschichtsbewußtsein zu verankern" sei, womit ein "inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teils ihres Volkes" erreicht werden, womit sich aber zugleich "ein sachliches und klares Verhältnis" zu den Völkern Ostmitteleuropas verbinden sollte.

Einem eigenen Fach erteilten die Kultusminister eine Absage, statt dessen fungieren diese Ziele als Unterrichtsprinzipien, die natürlich zugleich der Auseinandersetzung der Systeme dienen sollten, wie sie dann 1962 in den Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus präzisiert worden sind. Ebenfalls 1956 wurde in den "Grundsätzen für den Erdkundeunterricht" und in den "Richtlinien für die Lehrplangestaltung des Erdkundeunterrichts" in den Stoffkreis "Die deutschen Großlandschaften" das "Problem der deutschen Ostgebiete" ausdrücklich einbezogen. "Auch die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie soll der Sextaner als deutsche Heimat kennenlernen."

Eine erste Veränderung dieser klaren Linie wurde im Juni 1973 offensichtlich, als die KMK ihren Beschluß von 1956 präzisierte und auf unterschiedliche Positionen rekurrierte, die sich im Rahmen der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition auch bildungspolitisch abzeichneten und die bereits beim Kartenstreit von 1971 deutlich geworden waren: "Die Kultusminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland stellen übereinstimmend fest, daß die mit Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 1956 vereinbarten 'Empfehlungen zur Ostkunde' unbeschadet der in ihnen enthaltenen unveränderten Grundsätze und sachlichen Aussagen heute nicht mehr in ihrer Gesamtheit Grundlage von aktuellen Maßnahmen der Kultusverwaltungen der Länder sind.

Sie bestätigen jedoch gleichzeitig nachdrücklich die in den Empfehlungen von 1956 festgestellte Notwendigkeit einer vertieften Beschäftigung in den Schulen und Hochschulen mit den Sprachen, den Kulturen und der Geschichte der osteuropäischen Völker und den politischen

und gesellschaftlichen Verhältnissen in Osteuropa.

Sie sehen darin eine wesentliche Voraussetzung für ein besseres Verständnis der Völker und ihrer Probleme sowie für eine erweiterte politische Urteilsbildung. Die Kultusminister und -senatoren werden dieser ihrer Auffassung über die Bedeutung Osteuropas und osteuropäischer Fragen nach wie vor in den Richtlinien für den Unterricht und in den sonstigen Maßnahmen der Kultusverwaltung Rechnung tragen. Dabei wird einstimmig die vom Deutschen Bundestag am 17. Mai 1972 verabschiedete Resolution zu den Ostverträgen zugrundegelegt."

Das bedeutete konkret: Nur mehr der Hinweis auf die ausstehende friedensvertragliche Regelung ist ausdrücklich Unterrichtsgegenstand; die anderen Felder (Geschichte, Kultur des historischen Ostens) sind nicht mehr allgemeinverbindlich.

Die Rechtspositionen spielen auch eine zentrale Rolle im Beschluß der KMK zur Behandlung der "Deutschen Frage im Unterricht" vom 23. November 1978; sie gingen vom "prinzipiellen Fortbestehen der gesamtdeutschen Staatlichkeit" aus und schrieben vor, daß der "mittel- und ostdeutsche Raum" und auch "Landschaften aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten" zu behandeln seien. Schaut man genauer hin, so sind das freilich nur noch Marginalien. Im wesentlichen konzentrierten sich die Empfehlungen auf das Verhältnis Bundesrepublik und DDR, die den eigentlichen Kern der Deutschen Frage bildeten; die Ostgebiete sind "ehemalig", ihr Verknüpfung mit der deutschen Einheit war höchstens rechtlich gegeben.

Derzeit haben wir einen weithin KMK-freien Raum, denn alle Empfehlungen, Beschlüsse etc. wurden 1990/91 aufgehoben. Nur die Namensregelung wurde in neue "Grundsätze" gefaßt; danach "erfolgt die Darstellung der Grenze des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 nur auf solchen thematischen Karten, bei denen diese Grenze eine sich aus der Kartenthematik ergebende inhaltliche Bedeutung besitzt ..."

Zu den Ortsnamen wird formuliert: "Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen vom 3. Oktober 1990 gelegene Städte und Ortsnamen sind in den Karten für den Gebrauch an deutschen Schulen entsprechend den internationalen Gepflogenheiten mit den herkömmlichen und allgemein gebräuchlichen deutschen Namen unter Zusatz ihrer landeseigenen Benennung zu bezeichnen" (Beispiel u.a.: 'Danzig = Gdańsk'). "Aus Gründen der Übersichtlichkeit kann der landeseigene Name entfallen."

Bis heute gibt es dazu keinen neuen KMK-Beschluß. Das Papier des Schulausschusses der KMK von 1995, das einen weiterführenden Ansatz geboten hätte, wurde nur zur Kenntnis genommen, aber nicht verabschiedet.

Nur einige Sätze aus dieser Empfehlung: "Die Verträge mit unseren östlichen Nachbarn sind auf das Ziel gerichtet, auch zwischen Deutschen, Polen und Tschechen ein gleich gutes und enges Verhältnis (wie zu Frankreich; Verf.) herzustellen, das der gemeinsamen Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis entspricht. Ein Weg in diese Richtung führt über die Erinnerung an die jahrhundertlang gemeinsam durchlebte, von vielen gegenseitigen Verbindungen geprägte Geschichte und Pflege der zum Teil in fruchtbarer Zusammenarbeit geschaffenen Kultur als gemeinsames Erbe."

Somit stehen wir vor der Situation, daß angesichts von 16 verschiedenen Kultuspolitiken nicht nur die Schulformen, sondern auch die Lehrpläne in einer Weise divergieren, die kaum noch Vergleichbarkeit zuläßt. ...

2. Die Marginalisierung des Themas seit Ende der 1960er Jahre

Generell läßt sich dreierlei feststellen:

1. Das Thema wird seit Ende der 60er Jahre und dann im Gefolge der sozialliberalen Ostpolitik marginalisiert oder teilweise sogar verdrängt.
2. Es wird seit Ende der 70er Jahre v.a. die polnische Sicht immer wieder miteinbezogen ("Multiperspektivität", das betrifft insbesondere die Ostsiedlung).
3. Durch intensive Schilderung der NS-Verbrechen an und in Polen, in der Sek. I und wieder-

holt in der Sek. II, wird das chronologische und kausale Prius, also die vorhergehenden deutschen Verbrechen und die Folgen und daher der Zusammenhang von Schuld und Sühne - wenn nicht immer ausdrücklich thematisiert -, so doch zumindest durch den Kontext unmittelbar nahegelegt.

Nur als eindrucksvolles Beispiel zitiert seien die Richtlinien und Lehrpläne Geschichte Sek. II Gymnasium/Gesamtschule NRW (1999, Jg.-St. 13,1).

"Polenpolitik: Der Versuch, eine Nation zu vernichten: Ideologie des deutschen 'Lebensraums' und Herrschaftssystems in Osteuropa; Der Hitler-Stalin-Pakt: die vierte Teilung Polens; Deutsche Besatzungspolitik, Fallanalyse: die 'Aktion Zamosc' 1942/43; National-polnischer und polnisch-jüdischer Widerstand: Ghetto-Aufstand 1943 und Warschauer Aufstand 1944.

Die Nachkriegszeit und die Last der Vergangenheit: Kriegsende: Entscheidungen der Alliierten, Flucht und Vertreibung, Entnazifizierung durch die Besatzungsmächte ... Deutschland und Polen: Die Frage der Oder-Neiße-Grenze, von der sozialliberalen Ostpolitik 1970/72 zu einer neuen Nachbarschaft 1990/91 ...

- *Alternativen oder Ergänzungen* (Beispiele):

Lernort Auschwitz (Studienfahrt) ...

Polnische 'Fremdarbeiter' im Deutschen Reich (Lokalgeschichte);

Die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert ...

Der Versailler Vertrag und die Auseinandersetzungen in den Abstimmungsgebieten ...

DDR und Volksrepublik Polen: eine verordnete Freundschaft.

- Gegenstandsbereiche für *Facharbeiten* (Beispiele):

Der polnische Aufstand

1830/31 und die Reaktionen der deutschen Nationalbewegung;

Deutschland und Polen in der Zwischenkriegszeit;

Die preußische 'Ostmarkenpolitik' im Deutschen Kaiserreich;

Die Rolle der Kirchen bei der deutsch-polnischen Aussöhnung ..."

Bemerkenswert ist hier, daß der 1998 noch vorgesehene Hinweis auf die Ostsiedlung weggefallen ist.

3. Allgemeine Tendenzen in Richtlinien und Schulbüchern

Selbstverständlich kommen Joseph von Eichendorff oder Gerhart Hauptmann immer noch aus Schlesien, findet die preußische Königskrönung immer noch in Königsberg/Ostpreußen statt, hat Immanuel Kant dort gewirkt und hat Friedrich II. Schlesische Kriege geführt.

Was aber heute nirgends mehr zur Sprache kommt, ist der historische deutsche Osten als solcher, in Form eines Rückblicks, Exkurses mit Hinweis auf die Kulturleistungen und den historischen Beitrag dieser Regionen zur deutschen National- und europäischen Geschichte, zur Bildung von Neustämmen etc. Das betrifft auch die Schulbücher, die höchstens einmal eine allgemeine resümierende Bemerkung dazu fallen lassen (z.B. 1996:

"Ein Viertel der Fläche des Deutschen Reiches von 1937 ging verloren; die jahrhundertealte deutsche Siedlungs- und Kulturtätigkeit fand in diesem Raum ein abruptes Ende ...").

Ebenso wenig spielen die Vertriebenen, die Charta von 1950 usf. eine besondere Rolle; in den Schulbüchern wird da und dort noch die Integrationsleistung der Bundesrepublik nach 1945 positiv gewürdigt, oder es werden - ebenfalls sporadisch - auch die Probleme des Zusammenlebens angesprochen (z.B. 1995:

"Das Wort 'Flüchtling' wurde über Jahre hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für 'unerwünscht'").

Oder es wird die Parallele zur Gastarbeitersituation gezogen (*"Die deutschen Flüchtlinge wurden in Notunterkünften untergebracht. Nicht selten waren es die Baracken, in denen zuvor die unter der nationalsozialistischen Herrschaft verschleppten Arbeitskräfte gelebt hatten ... Für die 'Gastarbeiter', die bereits ab 1955 zum Gelingen des deutschen 'Wirtschaftswunders'*

beitragen, waren vielfach die Barackenlager wieder gut genug.")

Ansonsten fungieren sie höchstens noch und ganz vereinzelt als Oppositionselement gegen die sozialliberale Ostpolitik (vgl. 1985: "Besonders die Vertriebenen und die ältere Generation ... brachten gegenüber den Vertragsformulierungen erhebliche Bedenken vor."

Oder 1996:

"Wer nur an das eigene Recht dachte, mußte die Sicherheit der Grenzen der Nachbarn gefährden. Wer die Unversehrtheit des Reiches von 1937 betonte, schien die Folgen des II. Weltkrieges vergessen zu haben. Wer sich nur noch auf einen Rechtstitel berief, zu dem es keine realistische Basis mehr gab, geriet in Gefahr, verlorenen Wunschbildern nachzuhängen").

Der Zusammenhang von deutscher Schuld und Reaktion (Vergeltung/Sühneleistung) wird in den Richtlinien weithin nur durch den vorgegebenen historischen Kontext: NS-Verbrechen (insbesondere in Polen) - Niederlage - Vertreibung hergestellt; diesen Zusammenhang formulieren dann Schulbücher deutlicher, z.B. 1995:

"Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich der vorher unterdrückten Völker lebten";

oder 1994:

"1945 wurden die Deutschen in Osteuropa mitverantwortlich für die Verbrechen Hitlers gemacht und millionenfach aus ihren Siedlungsgebieten (Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Sudetenland u.a.) in das besiegte und zerstörte Deutschland (sic!) vertrieben."

Ein historisches Verständnis für die Aussiedlerproblematik wird nicht geweckt.

Bemerkenswert ist schließlich, daß die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen offenbar nur in NRW Einfluß auf die Richtlinien der 70er Jahre ausgeübt haben, die sich expressis verbis darauf beziehen. In den Schulbüchern der 90er Jahre spielen diese Gespräche keine Rolle mehr, in denen der 80er Jahre sind sie da und dort im Rahmen der Ostsiedlung berücksichtigt. Auch bei den genannten vier Fixpunkten – Flucht und Vertreibung 1945 ff., den Ostverträgen, den 2+4-Verhandlungen und schließlich der Ostsiedlung vom 12. bis 14. Jahrhundert - lassen sich diese Tendenzen im einzelnen nachweisen.

Der Hinweis auf *"Flucht und Vertreibung"* erscheint entweder im chronologischen Kontext von 1945 (das bleibt das Übliche) oder er wird abgelöst vom chronologischen Zusammenhang unter "Migration" bzw. unter ein Oberthema gestellt, das die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen, im Längsschnitt aufgreift, dies mit wachsender Tendenz (s.u.).

Auch der Hinweis auf das Potsdamer Abkommen ist durchgängig vorhanden, hingegen wird die Konsequenz des Geschehens, der Verlust der Ostprovinzen, nur noch selten hervorgehoben. Das Thema erscheint in der Darstellung der Ereignisgeschichte nach 1945 im Kontext zu anderen vom Krieg betroffenen Personen, deren Schicksal zu den unmittelbaren Kriegsfolgen zu rechnen ist (Trümmerfrauen/Kriegsgefangene/Schwarzmarkt/Fremdarbeiter/Displaced Persons usw.); NRW machte (1993) dabei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eben nicht nur Deutsche vertrieben wurden. Oder es wird zu modernen Phänomenen in Bezug gesetzt (Gastarbeiter, Aussiedler, Asylbewerber).

Zeitzeugenbefragungen sahen nur noch Baden-Württemberg (1994), Bayern (1992) und Sachsen (1992) vor.

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen wird nur in einzelnen Bundesländern thematisiert. Die Schulbücher setzten hier keine besonderen Akzente, sie beschreiben und illustrieren. Zahlen, Vorgänge etc. werden geschildert, vereinzelt wird die Brutalität des Geschehens kritisiert, wie es der historischen Wahrheit entspricht.

Insgesamt läßt sich aber auch schon für die 70er und 80er Jahre feststellen, daß das Thema nur

mehr marginal behandelt wird - und auch hier akzentuiert im Kontext von Schuld und Sühne: *"Den von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieg als eine entscheidende Ursache für die Teilung Deutschlands und den Verlust der deutschen Ostgebiete verstehen"* (Hamburg 1987). Die deutschlandpolitischen Positionen der 50er und 60er Jahre zur Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Linie werden schon in den 70/80er Jahren nirgends mehr thematisiert; damit wird auch hier deutlich, daß es sich seit dem 1978er Beschluß der KMK nur mehr um eine antiquarische Facette handelt.

Dies zeigt, daß damit ein deutlicher Bruch zu den 50er und 60er Jahren vollzogen worden ist: Damals wurde die Wiedervereinigungsproblematik noch expressis verbis auf das *"dreigeteilte Deutschland"* (Bayern, 1966) bzw. auf *"Ostdeutschland"* (Hessen, 1952) bezogen: Der Unrechtscharakter der Potsdamer Beschlüsse wird betont (NRW, 1955).

Daraus wird die Offenheit der deutschen Frage auch hinsichtlich der Ostgebiete deutlich, ihre Zugehörigkeit zu Deutschland, ihr aktueller Status als fremdverwaltetes Gebiet wird betont: *"die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete und unserer Verhältnis zu den östlichen Nachbarn"* (Niedersachsen, 1964 u.ä.a.m.), mit der Schuldfrage will NRW auseinandersetzen lassen, wobei zugleich das Recht auf Heimat betont und die Oder-Neiße-Linie zu den *"ungelösten nationalen Fragen"* gerechnet wird; Rheinland-Pfalz wollte (1957) wie das Saarland (1959) die Zusammengehörigkeit mit den mittel- und ostdeutschen Landschaften erhalten und stärken.

Der Verlust für Europa/das Abendland/die abendländische Kultur wird betont (*"Europa verliert den deutschen Osten"*; Hessen, 1952); die Ostgebiete werden als eigens und ausdrücklich zu behandelnde geographische und historische Gebiete ausgewiesen.

Die Auseinandersetzungen um die *Ostverträge* werden heute nicht mehr in allen Lehrplänen thematisiert, oder sie werden nur als historisches Faktum aufgeführt. Nach Vollendung der Einheit haben sie einen besonderen Stellenwert nur noch in SPD-geführten Ländern, die auf diese Weise den Beitrag der SPD/FDP-Koalition zum Einigungsprozeß betonen wollen und damit in einer aktuellen politischen Diskussion Stellung beziehen.

Dieses hier nur kurz skizzierte Bild war durch die Lehrpläne der späten 70er und 80er Jahre bereits vorbereitet. Auch Schulbücher setzen hier einen verstärkenden Akzent, z.B. 1996:

"Eine ausschließlich deutsche Sicht der Landkarte wurde der europäischen und ideologischen Dimension des Problems nicht gerecht ... Das pauschale Blockdenken war damit schon längst nicht mehr angemessen ..."

Dieser Akzent zeigt sich schon 1973:

"So stand 1945 ein Berg von Haß und Leid zwischen den Menschen beider Völker. Aber auch hier haben Männer und Frauen auf beiden Seiten geduldig daran gearbeitet, nun endlich einen Schluß-Strich unter die leidvolle Vergangenheit zu ziehen. 25 Jahre später bildete der Warschauer Vertrag die Chance eines neuen Anfangs ..."

Die Anerkennung der historischen Schuld besiegelt der immer wieder (auch nach 2000) abgebildete Kniefall Willy Brandts in Warschau vor dem Denkmal zum Aufstand im jüdischen Ghetto.

Das Thema "2+4" wird allgemein in allen Lehrplänen nach 1990 genannt; in zwei Lehrbüchern wird betont, daß die CDU sich mit der Anerkennung Westgrenze Polens schwergetan habe.

Der größte Einbruch ist zweifellos bei der Darstellung der Ostsiedlung zu beobachten: In einigen Ländern war das Thema in der Sek. I nicht mehr explizit präsent oder wird in den integrierten Fächern (Sek. I) aus dem chronologischen Kontext herausgelöst und unter die deutsch-polnischen Beziehungen im Rückblick subsumiert.

In der Oberstufe hat auch NRW (1999, s.o.) keinen Hinweis. Im chronologischen Kontext präsent ist es in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin (wo es einen deutlich höheren Stellen-

wert gewann), Mecklenburg-Vorpommern (u.a.: *Sich mit unterschiedlicher Bewertung der Ostsiedlung auseinandersetzen*) und jetzt in Hessen, ausführlich in Sachsen (2001) und in Thüringen (*Erschließung neuer Siedlungsräume, Binnenkolonisation, Ostsiedlungsbewegung, Deutscher Orden, Ordensstaat, Städtegründungen*).

Eine bemerkenswerte Wandlung zeigte Sachsen-Anhalt: Während in den Rahmenrichtlinien Sekundarschule Geschichte (1994) noch *"Kreuzzüge und Ostexpansion"* ausdrücklich erwähnt sind, fehlt dieser Hinweis in den das Mittelalter abdeckenden 1997 vorgelegten RR Sekundarschule Förderstufe Geschichte.

In einigen Ländern wird die Gelegenheit genutzt, in diesem Kontext das generelle Verhältnis Deutsche/Slawen oder Deutsche/Polen zu akzentuieren, und zwar unter dem Aspekt schon mittelalterlicher Gemeinsamkeit.

Auf die Habsburger Siedlungspolitik (*"z.B. Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen; Vergleich mit der mittelalterlichen Ostsiedlung"*) ging Bayern (RS), auf die Frage deutscher Sprachinseln inkl. der Wolgadeutschen Sachsen ein. Die Rahmenrichtlinien Gymnasium/-Fachgymnasium Grundkurs Geschichte in Sachsen-Anhalt von 1999 haben unter zeitlicher Zuordnung zur "Aufklärung" und als "Wahlpflicht" den Hinweis:

"Deutsche in Rußland; Ansiedlung von Deutschen an der Wolga unter Katharina II./Mutterkolonien gründen Tochterkolonien/Stalins Politik gegenüber den Rußlanddeutschen/Rußlanddeutsche als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler."

Bemerkenswert war, daß der neue Lehrplan für die Sek. II Gymnasium, Gesamtschule Geschichte (Anhörungsfassung) von Schleswig-Holstein unter "Projektlernen" als Beispiel eine Einheit "Schwierige Nachbarn: Deutsche und Polen" vorschlug, mit *"Die unterdrückte Nation; die polnischen Teilungen"*, über *"Migration und Integration"* im 19. Jahrhundert, *"Minderheiten und Minderheitsrechte"* bis zu *"Deutsche und Polen in Geschichtsbüchern"*; über die Ostsiedlung wird allerdings kein Wort verloren.

Die Tatsache, daß die Ostsiedlung (o.ä.) aus vielen Lehrplänen schon verschwunden ist, bedeutet schlichtweg, daß die Ereignisse der Jahre nach 1945 und auch die Aussiedlerproblematik dem Schüler gar nicht klar werden können. Allerdings war die Ostsiedlung auch schon in den 70er und 80er Jahren nicht in allen Lehrplänen mehr explizit vorgesehen. Ihre multiperspektivische Darstellung aus deutscher wie aus polnischer Sicht sah Baden-Württemberg vor (1980):

"Erkennen, warum die Ostsiedlung von Deutschen und Polen unterschiedlich bewertet wird"), zumal es sich nicht um eine "nationale" Angelegenheit handle (*"wissen, daß die Ostsiedlung sich nicht als nationale deutsche Ausdehnung, sondern als Landesausbau vollzieht"*).

Das Saarland verknüpfte (1980) damit die gesamte Folgethematik (*"Ergebnis: Eindeutschung weiter Gebiete zwischen Elbe und Memel/Transfer: Verlust der Ostgebiete/Vertrag zwischen Deutschland und Polen/Abtrennung der deutschen Ostgebiete und Vertreibung der Deutschen"* mit Hinweis auf den KMK-Beschluß zur Deutschen Frage im Unterricht).

Die eher zurückhaltende Behandlung in den Lehrplänen seit den 70er Jahren, die auf Ausgleich, Europäisierung und Multiperspektivität angelegt ist, unterscheidet sich deutlich von jenem Ton, der noch in den 50er und 60er Jahren angeschlagen wurde:

- betont wurde damals die kulturelle Mission (*"Ausstrahlungen deutscher Kultur nach Osten und Norden"*),

- die damit verbundene *"Pionierleistung"*, die, so wird ebenfalls unisono hervorgehoben, *"durch den Ruf slawischer Fürsten"* ausgelöst wurde.

Damit wird eine deutliche kulturelle Überlegenheit unterstellt, wie sie etwa Schleswig-Holstein noch 1968 unterstreicht (*"Die kulturelle Bedeutung der mittelalterlichen Kolonisation"*), das 1959 sogar noch darauf hinwies:

"Durch die gemeinsame Anstrengung aller deutschen Stände wird germanischer Volksboden"

wiedergewonnen. Die östliche Landnahme führt zu einer Erweiterung des deutschen Stammesgefüges und weist Deutschland zu, das östliche Grenzland Europas zu sein."

In den Schulbüchern der 80er Jahre stand - teilweise unter Bezug auf die deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen - dann eher das Problem der multiperspektivischen, kontroversen Deutung im Mittelpunkt, z.B. 1985:

"Vier Jahre lang bemühten sich deutsche und polnische Experten um gemeinsame Empfehlungen für die Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte in Schulbüchern. Zum Thema 'Polen und der Deutsche Orden' konnte der Abschlußbericht von 1977 nur den völligen Fehlschlag feststellen: In den polnischen Schulbüchern werde, so hieß es da, vor allem die Rolle des Deutschen Ordens als Herrschaftsträger und die Geschichte der Ausdehnung des Ordenslandes durch Kriege und Waffengewalt aufgezeigt. Die westdeutschen Schulbücher würden die Missionsarbeit des Ordens und seine Leistung für die Verbesserung der Lebensverhältnisse betonen.

Dieser Problemkreis bedarf trotz gewisser Fortschritte, die auf der Konferenz in Thorn im September 1974 erzielt werden konnten, noch weiterer gründlicher Behandlung."

Für die 50er/60er Jahre – einmal abgesehen von der üblicherweise sehr viel ausführlicheren Darstellung der Fakten – mag folgende Einschätzung genügen.

1952 - *"Die Deutschen hatten weite Gebiete, die von den Germanen während der Völkerwanderung preisgegeben worden waren, wiedergewonnen. Die Elbe, die seit Jahrhunderten die deutsche Ostgrenze gebildet hatte, rückte in die Mitte des Reiches. Deutsche Kolonisten brachten fremden Völkern (Polen, Böhmen und Ungarn) den wertvollsten Teil ihrer Kultur. Sprache, Recht und Lebensart der Deutschen wirkten noch weiter nach Osten ..."*

1962 - *"... Es wirkte also starkes west-östliches Kulturgefälle. Die Hebung dieser rückständigen Gebiete auf den kulturellen und wirtschaftlichen Stand des Abendlandes war damals nur mit Hilfe deutscher Zuwanderer möglich."*

In Schulbüchern der 90er Jahre werden weithin die Aspekte: Miteinander, Multikulturalität, Multiperspektivität, Europäisierung und Gegenwartsbezug, weiter ausgemalt z.B. 1995:

"Kulturen treffen aufeinander"/Photo: "Die Marienburg in Ostpreußen, ehemaliges Herrschaftszentrum des Deutschen Ritterordens, wurde nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg vom polnischen Staat wiederaufgebaut".

Daneben stehen Photos einer Moschee und einer Kirche in Rüdeshim und ein Bild über Sorbisch-Unterricht in Brandenburg/"Siedlung und Völkerbegegnung im Osten"/"Fremde helfen bei der Entwicklung des Landes".

Oder (1992):

"Der Landesausbau im östlichen Mitteleuropa war wie überall eine herausragende kulturelle Leistung der Menschen des Hochmittelalters." Es finden sich allerdings auch Hinweise auf frühere geschichtspolitische Kontroversen, etwa 1994:

"So wurde von deutscher Seite betont, daß die Siedlungsgebiete der Polen zwischen Oder und Weichsel von germanischen Stämmen bewohnt gewesen seien ... Die Polen dagegen verwiesen auf Funde, die belegen, daß schon vorher slawische Siedlungen im heutigen Polen entstanden seien."

Mit den Lehrplanrevisionen seit den späteren 60er Jahren und der 70er Jahre ist ein deutlich verändertes Verhältnis zu den historischen deutschen Ostgebieten und den damit verbundenen Fragen und Problemkomplexen zu konstatieren. Dabei unterscheidet sich die Behandlung etwa in Bayern, Baden-Württemberg und jetzt Sachsen und Thüringen von der in NRW, Niedersachsen oder Brandenburg, um auch parteipolitische Nuancen zu kennzeichnen.

Grundsätzlich aber gilt: Der Weg führt weg von einer eindeutig deutschzentrierten Sicht, die - sofern überhaupt -, auf Polen (die Tschechoslowakei/Tschechien ist gar nicht weiter berücksichtigt) nur unter dem Eindruck der offenen Grenzregelung eingeht, den polnischen Stand-

punkt nicht berücksichtigt, im Zusammenhang mit der Ostkolonisation ein deutliches kulturelles Überlegenheitsgefühl propagiert (was sich naturgemäß auf die Einschätzung der Gegenwart auswirkt) weg zu einer deutlich auf Verständigung, Gemeinsamkeit, Symbiose (auch in der Rückprojektion auf das Mittelalter) zielenden Grundlinie, die auf Gleichrangigkeit der Partner abstellt und den Wiedervereinigungsgedanken nur mehr auf die DDR beschränkt.

Daher verschwindet seit den 70er Jahren auch der im Zusammenhang mit der Ostsiedlung deutliche Kulturüberlegenheit signalisierende Ton der Nachkriegsrichtlinien (er wird in den 70er/80er Jahren nur mehr höchst zurückhaltend angedeutet); damit verbindet sich aber auch der Ansatz, Reizthemen entweder auszublenden oder zu reduzieren (das betrifft seit den 80er Jahren eher die Ostkolonisation) oder in der Kontroverse zwischen Polen und Deutschland zu spiegeln und damit die Relativität des eigenen Standpunktes deutlich zu machen.

Darüber hinaus lassen sich noch zwei weitere Varianten beobachten, die beide ebenfalls ansteigende Trends in der Lehrplanentwicklung spiegeln. Die erste klingt bereits kurz an: die Behandlung des Themas unter dem Leitbegriff: "Migration".

In Berlin (*"Inhaltsbereich Migrationen/Ostsiedlung im Mittelalter/und: Auswanderung - Einwanderung - Vertreibung im 19. und 20. Jahrhundert"*, 1996), dann v.a. in Brandenburg (1991), Saarland (1992), Nordrhein-Westfalen (1994), Hessen (1995), Niedersachsen (1995), Rheinland-Pfalz (1999) und in Sachsen-Anhalt (1999) war die Tendenz v.a. in den integriert geführten Fächern unverkennbar, das Thema aus dem chronologischen und nationalen Zusammenhang zu lösen und es als einen historischen Beleg unter anderen allgemein unter dieses Oberthema zu stellen.

Vergleichsmomente werden dann z.B. die Völkerwanderung, die Wanderung der Turkvölker, die Hugenotten, die Salzburger Exilanten (letztere in Brandenburg), Deutsche in Amerika, Polen im Ruhrgebiet, aktuelle Arbeits- und Armutsmigration.

Damit wird verdeutlicht, daß es sich um einen periodisch immer wieder eintretenden historischen Prozeß von "Wanderungen" unter verschiedenen historischen Rahmenbedingungen handelt, der daher auch nicht aus dem Rahmen des Üblichen fällt und der das humanitäre Gewissen ganz allgemein zu beschäftigen hat, also das Verständnis für Zuwanderung, Asylanten etc. wecken soll.

Allerdings ist bei diesem Ansatz immer zu würdigen, ob der ereignisgeschichtliche Kontext dadurch ersetzt wird oder ein solcher Ansatz nur komplementär vorliegt. Die Gefahr bleibt dabei, daß die Vergangenheit für aktuelle Kontroversen instrumentalisiert wird.

4. Wachsende Tendenz zur verschränkten Geschichtsdarstellung

Eine letzte Variante besteht darin, und diese Tendenz wird ebenfalls in den 80er Jahren vorbereitet und dann in den 90er Jahren verstärkt, durch eine eigene Unterrichtssequenz "Deutsche und Polen"/"Deutsche und Tschechen" (nur Niedersachsen 1995; letzteres müßte deutlich intensiviert werden) die enge Verknüpfung beider "Geschichten" herausarbeiten zu lassen:

Dieser Ansatz, der in den Schulbüchern bis 1999 noch nicht weit verbreitet ist, findet sich in den Richtlinien immer häufiger, z.B. Berlin (1996), Brandenburg (1991), Hamburg (1991), Rheinland-Pfalz (1994), Niedersachsen (1995), wo es heißt:

"Deutsche und Polen: Ausgehend von der endgültigen Grenzankennung der polnischen Westgrenze im Jahre 1991 sollen wichtige Stationen der polnischen Geschichte und des deutschpolnischen Verhältnisses bis zurück zu den polnischen Teilungen untersucht werden. Die Belastungen der aktuellen Beziehungen durch nach wie vor strittige Bewertungen geschichtlicher Phasen sollten den Schülerinnen und Schülern deutlich werden. Nur so ist es möglich, die Belastungen und Probleme als Bestandteile der gemeinsamen Geschichte anzunehmen und Verständnis zu wecken für die nach wie vor wichtige Aufgabe einer guten Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen."

In den dazugehörigen inhaltlichen Schwerpunkten werden unter *"Probleme nationaler Iden-*

tität: Beispiel Oberschlesien/Belastungen im deutsch-polnischen Verhältnis: Überfall, Vertreibung, Entschädigung" angeführt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß nicht bei der jüngsten Vergangenheit stehen geblieben, sondern der Rückblick eingeschlossen und damit das Bild differenzierter wird.

Zusammenfassung

Es kann also keine Rede davon sein, daß der "historische deutsche Osten" aus den Lehrplänen unserer Schulen verschwunden ist.

Was sich aber seit Ende der 60er Jahre geändert hat, ist der Kontext: Die nur mehr historische Verbindung zu den damals bestehenden Rechtspositionen (obwohl zu keiner Zeit von "Revanchismus" o.ä. auch nur das geringste zu verspüren gewesen wäre), der weit geringere quantitative Umfang bis hin zur völligen Marginalisierung inkl. der damit verbundenen Faktenkenntnisse (an denen es zutiefst mangelt), die multiperspektivische Akzentuierung, die Verbindung von deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus und Vertreibung nach 1945, die Betonung gemeinsamen Leids und das generelle Verständnis dieser Vergangenheit, die sich nicht mehr national verengt präsentiert, sondern sich in einen größeren europäischen Horizont einfügt.

Daher ist eine Verschränkung der "Geschichten" Deutschlands und der ostmitteleuropäischen Staaten ("Deutschland und seine östlichen Nachbarn"; "Deutsche und Polen"; "Deutsche und Tschechen" o.ä.) sicher der wirkungsvollste bildungspolitische und didaktische Ansatz.

Komplementär dazu wären Ansätze einzubeziehen, die der Geschichte unserer Nachbarn selbst eigene Sequenzen widmen.

Vor diesem Hintergrund ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn daneben der besondere Aspekt von "Flucht und Vertreibung" für einen mahnenden "Gegenwartsbezug" fruchtbar gemacht wird, ohne daß ein solcher "Gegenwartsbezug" nun den völlig unhistorischen Eindruck vermitteln sollte, man könne ein "Einwanderungsland Deutschland" oder eine "multikulturelle Gesellschaft" gerade mit dem Hinweis auf 1945 historisch legitimieren.

Es scheint, daß in solchen, die Gemeinsamkeit und Verflochtenheit der Geschichten betonenden Sequenzen der beste Ansatz liegt, das kulturelle Erbe der hier angesprochenen Regionen auch über die Schule zu bewahren und damit zugleich die Brücke zu unseren Nachbarn zu bauen.

Der Schule kommt dabei die Aufgabe zu, nachhaltiges historisches Grundwissen über diese Vergangenheit zu vermitteln, das aber nicht nur fixiert sein sollte auf jenen Tiefpunkt, den die Jahre zwischen 1933 und 1945 markieren, sondern die gesamte Vergangenheit einbezieht ...<<

Die deutsche Journalistin Helga Hirsch berichtet während dieser Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Erinnerung an die Flucht und Vertreibung der Deutschen" (x879/114-121): >>... Insgesamt sind etwa 14 Millionen Deutsche von 1944 bis 1950 aus den deutschen Ostgebieten und den ehemals deutschen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten geflohen oder vertrieben worden; knapp zwei Millionen von ihnen kamen um. Fast jede fünfte Familie in Nachkriegsdeutschland hatte somit ihre Heimat verloren. Wie hat sich unsere Gesellschaft der Entwurzelung gestellt, und wie sind die Entwurzelten selbst mit sich umgegangen?

Die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung haben im Westen Deutschlands mehrere Phasen durchlaufen. Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren sie in Familiengeschichten, Filmen, Romanen und Dokumentationen allgegenwärtig als Ausdruck des authentischen Schocks, der die Menschen in ihren Alpträumen verfolgte, sie sich hilflos, ohnmächtig und abhängig fühlen ließ und sehr häufig in die soziale Deklassierung stieß.

Gleichzeitig aber wurden die dramatischen Erlebnisse jener, die von der Roten Armee überrollt, von Sowjetsoldaten vergewaltigt oder von Polen und Tschechen zur Zwangsarbeit einge-

setzt worden waren, in der politischen Propaganda eingesetzt, da sich im beginnenden Kalten Krieg mit den Greuelthaten eindringlich begründen ließ, warum sich das christliche Europa gegen "barbarische Rotarmisten" und die "bolschewistische Gefahr" schlechthin zusammenzuschließen und zu rüsten habe.

In den sechziger Jahren änderte sich die Situation radikal. Hatten sich die Vertriebenen wie der Rest der Nation bis dahin unter weitgehender Ausblendung der NS-Verbrechen fast ausschließlich als Opfer der Alliierten gesehen, nahmen die Nachgeborenen sie nur noch verächtlich als Täter und Mitläufer wahr. Der Verlust der Ostgebiete galt nun als gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Regimes; schon wer sentimentalen Kindheitserinnerungen nachhing, stand im Verdacht des Revanchismus.

Von einigen literarischen Ausnahmen abgesehen - etwa den Romanen "Heimatmuseum" von Siegfried Lenz oder "Kindheitsmuster" von Christa Wolf - waren die Themen Flucht und Vertreibung in den siebziger und achtziger Jahren vom linken und liberalen Milieu gemieden oder sogar diskreditiert. Mütter oder Großmütter, die in jener Zeit etwas von ihren Erlebnissen preiszugeben versuchten, stießen in der Regel auf Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung bei ihren Kindern. Das Thema Vertreibung wurde zu einer Domäne der politischen Rechten.

In Ostdeutschland war jede öffentliche Erinnerung an die verlorene Heimat schon kurz nach Kriegsende untersagt worden, da sich Groll, Wut und Vorbehalte gegen die Sowjetunion und die neuen Verbündeten hätten richten können. Schon ab 1945 durfte in der Sowjetischen Besatzungszone auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration nur noch beschönigend von "Umsiedlern" gesprochen werden, jede eigenständige Organisierung von Sudetendeutschen oder Schlesiern war verboten, für spezielle Eingliederungshilfen - wie im Westen den Lastenausgleich - gab es kein Geld.

Seit Anfang der neunziger Jahre hat im nun wiedervereinten Deutschland erneut ein Wandel im öffentlichen Umgang mit Flucht und Vertreibung stattgefunden.

Zum einen verfolgen Kinder und Enkel in Romanen und Autobiographien die Große Geschichte bis hinein in die kleinen Familiengeschichten, so daß die Verstrickungen von Vätern und Großvätern in der NS-Zeit ganz konkret unter die Lupe geraten - erinnert sei nur an Margret Nissen "Sind Sie die Tochter Speer?" oder an Martin Pollack "Der Tote im Bunker".

Zum anderen blenden die Nachgeborenen nicht mehr das Leiden aus, das ihre Familie getroffen hat - durch den Verlust von Vätern an der Front, durch Bombenterror oder durch Flucht und Vertreibung. Hier sei beispielsweise erinnert an Reinhard Jirgls Biographie in "Die Unvollendeten" oder an die Biographien in meinem Buch "Schweres Gepäck".

Wer auch das Leiden der Deutschen thematisiert - so die neue Erkenntnis - muß keineswegs die Schuld der Deutschen relativieren oder die Leiden der jüdischen, polnischen oder russischen Opfer marginalisieren.

Vielmehr erweist sich, daß viele Vertriebenenkinder, als sie endlich wagten, über die Heimatlosigkeit und den Schmerz der Eltern zu reflektieren, sich zuvor jahrelang mit der NS-Geschichte beschäftigt und Kontakte zu überlebenden Juden aufgebaut hatten.

Ihr Bedürfnis nach Integration, auch des eigenen Leidens, erwuchs aus dem Bedürfnis, die weißen Lücken der Familienbiographie zu füllen und ein stabileres, stärker in sich ruhendes Selbstverständnis zu entwickeln. "Wie ist es um die Nachkommen der Vertriebenen bestellt, denen ihre Herkunft oftmals unerschließbar bleiben mußte?", fragte denn auch der Schriftsteller Reinhard Jirgl, dessen Mutter und Großmutter aus dem Sudetenland stammen.

Wenn das Thema ausgerechnet jetzt, 60 Jahre nach den Ereignissen zurückkehrt, hat das mehrere Gründe: Zum einen stehen nun schon die Kinder von Vertriebenen kurz vor dem Rentenalter, in dem nicht mehr Berufswelt, Karriere und soziale Absicherung vordringlich sind, sondern sich Fragen aufdrängen: Wer bin ich denn geworden? Was für ein Leben habe ich geführt? Was hat mich in diesem Leben bestimmt? Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, haben

viele Familien - wo es noch möglich war, reisten Eltern, Kinder und Enkel gemeinsam - die alten Heimaten besucht: Die Älteren wollten die verlorenen Stätten ihrer Jugend noch einmal, und die Kinder und Enkel wollten sie erstmals sehen.

Was über Jahrzehnte nur auf vergilbten Fotos und als Erzählung aus angeblichen Paradieswelten existiert hatte, gewann reale Gestalt. Die Trauer fand so einen geographischen Ort, und über die verklärte Vergangenheit schob sich die Gegenwart:

Die Häuser hatten die Besitzer gewechselt und statt deutsch wurde polnisch, tschechisch oder ungarisch in ihnen gesprochen.

So gerieten mit der Entdeckung der abgebrochenen Familiengeschichte auch der Raum, die Geschichte, die Menschen östlich des einstigen Eisernen Vorhang wieder ins Blickfeld und nach Jahrzehnten der Ausblendung eröffnete sich das kulturelle Erbe im mittleren und östlichen Europa auch wieder als Teil der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte - mit Uwe Johnson aus dem pommerschen Cammin oder mit Gerhart Hauptmann im schlesischen Agnetendorf.

Hinzu kommt ein anderer Faktor. Jahrzehntlang hatten sich die alte Bundesrepublik und die DDR gerühmt, die Vertriebenen in vorbildlicher Weise integriert zu haben. Die DDR hatte schon nach wenigen Jahren verkündet, die vier Millionen "Umsiedler" hätten sich mit der einheimischen Bevölkerung verschmolzen - das Problem sei also nicht mehr existent.

Im Westen hatte man geglaubt, die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugereisten spätestens Ende der 60er Jahre behoben zu haben. Dem Stolz von Politikern - "Wir haben sie integriert!" - entsprach der Stolz der Betroffenen: "Wir haben es geschafft!" Doch mit der Angleichung der Lebensverhältnisse waren die seelischen Verwundungen noch keineswegs geheilt.

Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs galten Flucht und Vertreibung als "normal". "Das war nichts Besonderes", sagen einige Betroffene bis heute. Auch ausgebombte Familien standen vor dem Nichts und waren zum Neuanfang gezwungen. Also verdrängten Flüchtlinge und Vertriebene ihre Verzweiflung, ihre Trauer und die Gefühle von Hilflosigkeit und Ohnmacht und konzentrierten sich mit aller Kraft auf die Gründung einer neuen Existenz.

In den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende waren Flüchtlings- und Vertriebenenkinder zwar noch durch Unterernährung, Krankheiten, durch Albträume und Sprachstörungen aufgefallen. Doch schon nach drei, vier Jahren schien alles überwunden. Vertriebenkinder lernten besonders gut, waren strebsam, paßten sich dem Dialekt und den Sitten ihrer neuen Umgebung an, tauchten in Vereinen unter und heirateten - je jünger, desto öfter - einheimische Frauen und Männer.

Sie funktionierten gut - die Vertriebenenkinder, denn sie wollten auf keinen Fall auffallen. Aber sie besaßen oft nur ein geringes Selbstbewußtsein und erhofften sich Anerkennung durch überdurchschnittliche Leistungen in Schule und Beruf. Wissen schien nach den Erfahrungen des Heimatverlusts außerdem die stabilste Grundversicherung zu bieten. "Was du weißt", so hörten sie oft von ihren Eltern, "das kann dir keiner mehr nehmen." Allerdings drängten sie, auch wenn sie aufstiegen in Beruf und Politik, nur selten in die erste Reihe, da, wer auffällt, Neid und Aggression auf sich zieht.

Daß Vertriebene und ihre Kinder, obwohl äußerlich seit langem auffällig unauffällig, innerlich häufig noch geprägt sind von Flucht und Heimatverlust, gerät erst seit einigen Jahren ins Blickfeld. Bei einer Umfrage des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg aus dem Jahre 1999 ergab sich beispielsweise, daß noch 62 Prozent der Befragten unter belastenden Erinnerungsbildern und dem Wiedererleben traumatischer Situationen litten.

Ermutigt durch die Berichte über die massenhaften Demütigungen der Frauen im zerfallenden Jugoslawien brachen seit Anfang der neunziger Jahre auch viele Frauen ihr Schweigen und berichteten erstmals über ihre eigenen Vergewaltigungen fünfzig Jahre zuvor. Ein "abgesun-

kenes Stück kollektiver Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs", so formulierte es der Historiker Hans-Ulrich Wehler, könne endlich "ruhig besprochen werden".

All dies, was uns als positiv erscheint, weil es uns also reifer, souveräner, berechenbarer machen könnte, wenn es die Einseitigkeiten der Vergangenheit überwindet und Verdrängtes bewußt macht und damit unserer Einflußnahme unterstellt - all dies macht unseren Nachbarn Angst.

Vor allem die Polen befürchten eine Geschichtsrevision, da die Deutschen, so der durchgängige Vorwurf, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zerreißen und die Vertreibung 1945 losgelöst vom Überfall 1939 darstellen würden. Außerdem, so eine weitere Kritik, wollten sich die Deutschen nun nach den Juden als die größten Opfer des Zweiten Weltkriegs stilisieren und andere Opfergruppen (weiter) aus dem öffentlichen Gedächtnis verbannen.

Mögen derartige Befürchtungen bei Menschen wie Wladyslaw Bartoszewski, Marek Edelman oder Bronislaw Geremek aufgrund ihren traumatischen Erfahrungen im Konzentrationslager, im Warschauer- und im Getto-Aufstand bzw. im Leben unter falscher Identität verständlich erscheinen, so dient die Re-Aktivierung des alten deutschen Feindbildes konservativnationalistischen und teilweise auch liberalen Politiker und Publizisten als bewußtes Ablenkungsmanöver in der aktuellen politischen Auseinandersetzung. Das Böse wird auf das Außen projiziert, damit die Schattenseiten des Eigenen nicht ins Blickfeld geraten und das mythologisierte, gute Selbstbildnis erhalten bleibt.

Wenn nämlich Deutsche nicht nur Täter und böse sind, sondern durch die Vertreibung auch gelitten haben, stellt sich die Frage nach dem Anteil der Polen an diesem Vorgang. Polen ist nicht nur der gezwungene Vollstrecker der Politik der alliierten Siegermächte gewesen, Polen hat auch von sich aus die ethnische Homogenisierung seines Staatsgebiets betrieben, mit den "wildem Vertreibungen" der Deutschen und der verwaltungsmäßigen Übernahme der deutschen Ostgebiete noch vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen geschaffen und eigenständig Internierungslager für die verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit eingerichtet.

Zwar haben polnische Historiker und Publizisten bereits einige Mal eingeräumt, das "kleinere Übel" der Vertreibung der Deutschen sei nicht durch das "größere Übel" der deutschen Verbrechen zu rechtfertigen. In der Zeit der augenblicklichen ökonomischen, politischen und vor allem moralischen Verunsicherung aber pochen nationalistische Politiker auf die uneingeschränkte Opferrolle Polens als Fundament des nationalen Selbstverständnisses:

Für sie sind alle Behauptungen über eine Mitschuld von Polen am Holocaust oder an der Vertreibung der Deutschen Verleumdungen, und alle Deutschen sind "Hitleristen", mit denen sich Empathie selbstverständlich verbietet.

Es ist offenkundig eine Eigenschaft des Menschen, daß er auch als Opfer zu einem Konkurrenzdenken tendiert. Wie könnten Deutsche es wagen - so sinngemäß der polnische Schriftsteller Stefan Chwin - über ihre Vertreibung zu reden, wo Polen mit KZ-Haft, Zwangsarbeit und ebenfalls mit Vertreibung viel Schlimmeres erlebt hätten und nach dem Krieg nicht in einer "zivilisierten Welt" wie die Westdeutschen, sondern in der "roten (kommunistischen) Zone" gelandet seien?

Diese Art der Fragestellung führt allerdings in eine Sackgasse, da das Leiden des Individuums nicht meßbar ist und zudem nicht abhängt von der Schuld oder Unschuld seiner Nation. Erinnerung ist immer subjektiv und damit singular. Sie ist gebunden an die spezifischen historischen Umstände eines Landes und kann ihre integrierende, heilende Wirkung nur dann entfalten, wenn diesem besonderen Charakter Rechnung getragen wird.

Erfahren die Menschen aber für ihre spezifischen Erfahrungen kein Verständnis, dann kann Trauer in Bitterkeit und Ressentiment umschlagen - wie etwa bei jenen Vertriebenen, die nun mit Forderungen nach Entschädigungen für ihr verlorenes Eigentum von Polen und Tschechen

eine Anerkennung für ihr Leiden erpressen wollen, die sie politisch und menschlich nicht oder ihrer Meinung nach zu wenig erhalten haben. ...<<